

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Stefan Brunnhuber & Bernard Lietaer **3** **Bewusstsein und Geld – Ein Beitrag zu einer evolutionären Ökonomie**
- Peter Rühmann **10** **Japans Krise – Bietet sich als Lösung die Einführung von Freigeld an ?**
- Helmut Creutz **13** **Deflation – ein Gespenst geht um !**
- Norman Ehrentreich **19** **Diskussion über Nullschranke nominaler Zinsen**
- 25** **Leserbriefe – Bücher – Veranstaltungen**
- 39** **33. Mündener Gespräche**

Liebe Leserin und lieber Leser,

noch vor wenigen Jahren machten sich Gerhard Schröder und Tony Blair Gedanken über einen "Dritten Weg" in Wirtschaft und Politik. Sie erstrebten eine Synthese von wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Verantwortung, bedachten aber dabei nicht, dass diese Synthese unerreichbar bleibt, solange die strukturelle Macht des Geldes zwischen beiden steht, soziale Ungleichheit erzeugt und dabei die vielbeschworene "neue Mitte" paralyisiert. Inzwischen wurde die Suche nach einem "Dritten Weg" geräuschlos abgebrochen, was im Dschungel der Interessenpolitik ebenso wenig aufgefallen ist wie der allmähliche Abschied vom Ordoliberalismus während des 'deutschen Wirtschaftswunders'. Der Bedarf an Leitbildern für Wirtschaft und Politik scheint in Zeiten der Ich-AGs gering zu sein.

Selbst kritische Köpfe wie der bekannte Politologe Professor Elmar Altvater wehren eine Beschäftigung mit dem tabuisierten Problem des Geldes ab. Auf einer Tagung referierte er Bedenkenswertes über die "Entbettung" der kapitalistischen Weltökonomie aus dem Naturzusammenhang. Allerdings stehe der Kapitalismus "seit 1989 ohne überzeugende Alternative in der Welt" da. Auf die Frage eines Teilnehmers, ob sich die sich selbst beschleunigende Dynamik des Geldvermögens- und Schuldenwachstums durch eine Reform der Geldordnung bremsen ließe, antwortete Altvater brüsk: "Die Idee ist alt und nicht totzukriegen, obwohl sie wenig Sinn macht." Es sei "absurd", den Zins mit einem kanonischen oder islamischen Zinsverbot "abzuschaffen und das Geld auf diese Weise wieder "in die gesellschaftlichen Zeiträume einbetten" zu wollen. (Schriftenreihe "Erwägen, Wissen, Ethik" Nr. 3/2002, S. 290 und 343) Macht es sich Altvater nicht zu einfach, wenn er den Verfechtern einer Reform der Geldordnung Ansichten unterstellt, die sie gar nicht vertreten, und sich dann eine ernsthafte Auseinandersetzung mit ihren tatsächlichen Zielen erspart? Ist es nicht vielmehr "absurd", die rasante Dynamik der internationalen Finanzmärkte weiterhin sich selbst zu überlassen

bzw. ihr nur mit unzureichenden Steuerungsmechanismen zu begegnen?

Auch die offizielle Ökonomie ist noch immer weit davon entfernt, diese Dynamik als Problem zu erkennen geschweige denn sie bremsen zu wollen. Immerhin ist mit der Verleihung des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften an Daniel Kahneman und Vernon Smith insofern ein klein wenig Bewegung in die Orthodoxie gekommen, als mit deren Einbeziehung psychologischer Forschungen das realitätsferne Menschenbild des eigennütigen und rational handelnden 'homo oeconomicus' in Zweifel gerät. Allerdings honorierte das Nobelpreiskomitee ausdrücklich Kahnemans und Smiths Studien über "Entscheidungen bei Unsicherheit". (FAZ vom 10.10.2002, S. 13) Aber statt nur Verhaltensweisen bei Unsicherheit zu beschreiben bzw. zu prognostizieren, müsste es doch noch viel mehr darum gehen, die gesamtwirtschaftliche Unsicherheit durch eine Verstetigung der Geldkreisläufe zu verringern. Vor dem Hintergrund psychologischer Erkenntnisse erläutern Brunnhuber & Lietaer im vorliegenden Heft ihre Gedanken zu einem Übergang von konventionellen zu postkonventionellen Formen der monetären Ökonomie.

Fernziel eines solchen Paradigmenwechsels sollte sein, das Geld vom Herrscher über die Märkte zu ihrem Diener zu transformieren und die Marktwirtschaft vom Kapitalismus zu befreien, statt nur nach einem Mittelweg zwischen rheinischem und angelsächsischem Kapitalismus zu suchen. Obgleich die gegenwärtige Situation Japans hierfür Anknüpfungspunkte bietet, zeigen die Diskussionen über dieses Fernziel, dass der Weg dorthin noch durch große 'Mühen der Ebenen' führen dürfte. Müssen soziale Abkühlung und Umweltzerstörung erst noch größere Ausmaße annehmen, bevor mehr Menschen eine Alternative zur kapitalistischen Marktwirtschaft suchen, die besser ist als die vielen Varianten des alten Staatsinterventionismus oder gar des Totalitarismus?

Ihr Werner Onken

Die Notwendigkeit eines neuen Leitbildes der Ökonomie

"Dass der Kapitalismus soziale Ungleichheit erzeugt, sollte nicht überraschen. Das hat er immer getan. ... Die gesellschaftliche Struktur hat sich von der traditionellen Pyramide in ein komplexes Modell von Zentren und Peripherien verwandelt. ... Heute ist sich das Kleinbürgertum – die Mitte der Mittelklasse – in keiner Weise der Unterdrückung bewusst, der es ausgesetzt ist. ... Die wirtschaftliche Realität der Ungleichheit führt nicht zu einer kollektiven politischen Widerstandsbewegung, sondern erzeugt vielmehr ein Gefühl individuellen Versagens, von persönlicher Unzulänglichkeit. Die Menschen stellen nicht Fragen über die Ungerechtigkeit des Wirtschaftssystems, sondern sie rätseln, was sie als Person falsch gemacht haben. In dieser Hinsicht sollten die USA ein warnendes Beispiel für Europa sein ... Diejenigen Amerikaner, die jetzt langsam wahrnehmen, wie wenig sie in den vergangenen Jahrzehnten am Wachstum des Wohlstands teilhaben konnten, verfügen über keinerlei ideologisches oder begriffliches System mehr, mit dem sie diesen objektiven Rückschritt beschreiben könnten. ... Die Angst vor der Leere und der Einsamkeit ist es, die uns antreibt, alle möglichen Risiken einzugehen. ... Es wird uns gelingen, etwas zu finden, das eine verbesserte Version des sozial-demokratischen Modells darstellt, befreit von den Gespenstern des 20. Jahrhunderts und vor allem ohne die Plage des Totalitarismus. Das wird mit hoher Wahrscheinlichkeit eher in Europa geschehen als in Amerika. Ich denke, Europa wird zuerst ein soziales und zugleich demokratisches Gesellschaftsmodell entwickeln."

aus einem Gespräch mit dem amerikanischen Soziologen Prof. Richard Sennett,
in: Das Parlament Nr. 5 / 2003, S. 7.



"Es gilt, das Geld von seinem Status als Absolutum, als Sakrament zu befreien, es wieder zu einem nüchternen Werkzeug zu machen. ... Das globale Finanzwesen ist nach einem ebenso alten wie ruchlosen Prinzip organisiert: dem Prinzip des Zinseszinses. Jeder Hauptschüler mit Taschenrechner kann sofort feststellen, dass dieses Prinzip weltmörderisch ist. Seine Aggressivität ist sozusagen eingebaut. ... Dieses Geldsystem wird als selbstverständlich betrachtet. Aber das ist es keineswegs. Es gibt bargeldlose Tauschsysteme; es gibt Rabattsysteme. Es gibt Notgeld wie die Créditos im krisengeschüttelten Argentinien. Und es gibt darüber hinaus theoretische, ja sogar praktisch erprobte Ansätze, die auf einer gänzlich anderen Perspektive beruhen: Alterndes Geld würde sich abnutzen und an Wert verlieren. Es war der Deutschargentinier Silvio Gesell, der diese Theorie systematisch durchdachte. Die krisengeschüttelte Zwischenkriegszeit zwischen 1920 und 1930 sah dann zwei praktische Erprobungen. Beide haben sich durchaus bewährt. ... Wörgls Freigeld wurde von der Wiener Staatsbank zu Fall gebracht – Mammon lässt seiner nicht spotten."

Carl Amery, Global Exit - Die Kirchen und der Totale Markt,
München 2002, S. 214 und 219- 220.

Stefan Brunnhuber und Bernard Lietaer:

Bewusstsein und Geld - Ein Beitrag zu einer evolutionären Ökonomie

Zusammenfassung: Veränderungen in der Bewusstseinsentwicklung verlaufen häufig in abgrenzbaren Sequenzen, welche man als präkonventionell, konventionell und postkonventionell beschreiben kann. Jede dieser Ebenen ist durch spezifische Aspekte in der Selbststruktur, des Denkens, des Affektapparats und der kommunikativen Fähigkeiten gekennzeichnet. Wenn man nun die geschichtliche Entwicklung ökonomischer Systeme und hier insbesondere die Geldwirtschaft innerhalb dieser Sequenz betrachtet, wird der aktuelle Stand der ökonomischen Modellbildung sichtbar und zugleich kann eine mögliche Entwicklung im Hinblick auf eine Wissensökonomie aufgezeigt werden.

1. Evolutionäre Psychologie

Eine Zusammenstellung der mittlerweile umfangreichen ethnozoologischen, anthropologischen und entwicklungspsychologischen Literatur kann zeigen, dass die Bewusstseins- und Selbstentwicklung nicht nur phylogenetisch, sondern auch ontogenetisch aus Stufen oder Ebenen zusammengesetzt ist¹ und dass jene durch qualitativ unterschiedliche psychologische Eigenschaften gekennzeichnet sind. Die Gesetzmäßigkeiten der einen Ebenen lassen sich nicht ohne weiteres auf andere übertragen. Das heißt, die Welt- und Selbstsicht und die damit verbundenen Interaktionsformen werden jeweils um einen ebenen- oder phasenspezifischen Bewusstseinschwerpunkt organisiert. Daraus folgt, dass unsere Wahrnehmung, unser kommunikatives Handeln, unsere affektiven Bewertungen und kognitiven Schlussfolgerungen in erheblichem Ausmaß durch den jeweiligen Entwicklungsstand unserer Bewusstseins- bzw. Selbstentwicklung geprägt werden. Auch wenn die einzelnen Autoren unterschiedliche Begriffe wählen, so lassen sich doch drei universelle Ebenen von einander trennen und einer präkonventionellen, einer kon-

ventionellen und postkonventionellen Entwicklungsstufe zuordnen.

Eine präkonventionelle Ebene ist psychologisch charakterisiert durch eine primäre Verbundenheit von Körper und Geist, von Natur und Gemeinschaft. Jene sind noch nicht hinreichend differenziert. Der Erklärungsrahmen ist folglich mythologisch-magisch und kennt noch nicht die Gesetzmäßigkeiten der Naturwissenschaften. Ein Kind auf einer präkonventionellen Ebene kann beispielsweise noch keinen konkreten Rollenwechsel vornehmen und kennt die Gesetze der Logik noch nicht. Beispielsweise wird eine gleich große Menge an einer Flüssigkeit in zwei unterschiedlich großen Gefäßen als unterschiedliche Volumina interpretiert (J. Piaget, 1977). Die Wirklichkeit wird sprichwörtlich und konkretistisch wahrgenommen. Hier ist "Laotse bei der Geburt 700 Jahre alt", "Moses teilt das Meer", die "Mutter ist weg", auch wenn sie nur in das andere Zimmer gegangen ist, und die "Sonne geht unter". Die Beziehungen zum Kollektiv oder zur Primärgruppe erlauben zudem noch keinen universellen Rollentausch oder eine perspektivische Betrachtung und Abwägung und die Befolgung von Regeln wird vorrangig durch Strafe und Sanktion bewerkstelligt.

Eine konventionelle Ebene kann gerade auf jene Entwicklungsschritte eine sinnvolle Antwort geben. Entwicklungspsychologisch beginnt mit der konventionellen Ebene die Ausbildung von Ich-Funktionen, wie etwa die Fähigkeit zum Rollenwechsel, einem gesteigerten Abstraktionsvermögen, der diskursive Verstand oder auch die Fähigkeit zur Unterscheidung von Innen und Außen, einem passageren Perspektivenwechsel sowie ein zunehmend reflexives und symbolisch-sprachlich organisiertes Bewusstsein. Die vorgegebenen Werte, Normen und Gesetze der jeweiligen Gesellschaft sind für die Bewusstseinsentwicklung prägend. Das Ich-Bewusstsein kann sich selbst in Beziehung zur Gesellschaft setzen

und es kommt zu einer zunehmenden Differenzierung von Körper und Ich-Bewusstsein, von Natur und Gesellschaft. Dabei werden kausale "Wenn-dann"-Zusammenhänge, lineare Bezüge oder auch ein zunehmendes Rollenverständnis immer wichtiger.²

Auf einer postkonventionellen Ebene ändert sich der Entwicklungsschwerpunkt erneut und damit auch die vorherrschende affektive und kognitive Ausstattung. Alle hier generierten affektiv-kognitiven Rationalitätsstandards müssen sich vor dem Hintergrund der Errungenschaften einer konventionellen Ebene legitimieren. Für das Verständnis von Entwicklungsvorgängen ist wichtig, dass spätere Zustände frühere nicht nur differenzieren, sondern zugleich integrieren und transzendieren müssen. Das heißt, sie müssen naturwissenschaftlichen Errungenschaften (Medizin) wie auch rechtsstaatlichen Prinzipien (Demokratie), aber auch volkswirt-

schaftlichen und sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen (Statistik, Logik) Rechnung tragen. Gleichzeitig treten neue Bedürfnisse und Motive auf. Im sozialen Kontext bedeutet dies, dass an die Stelle mythisch-magischer (präkonventionell) und regional-perspektivischer Betrachtungsweisen (konventionell) weiterführende Rationalitätsstandards wie etwa reziproke Toleranz, universelle Gerechtigkeit, Komplementaritätsbeziehungen oder auch ein universeller Pluralismus treten. Die *differentia specifica* ändern sich und obgleich der Bewertungsrahmen der konventionellen Ebene in sich phasenspezifisch kohärent ist, verschiebt sich mit fortschreitender Entwicklung der Bewusstseinschwerpunkt und damit auch das Referenzsystem für unser Handeln, Bewerten, Denken und Kommunizieren. Die folgende Abbildung zeigt einige Charakteristika der Bewusstseinsentwicklung im Überblick:

Abbildung 1:		Entwicklungsstufen der Bewusstseinsentwicklung	
Ebenen	Affektiv-kognitive Rationalitätsstandards	Bewusstseinschwerpunkt	Beziehung zum Kollektiv/ Sozialstandards
Präkonventionell:	sensorisch, emotional, instinktiv, noch nicht sozial vermittelt, psychobiologisch, determiniert, Primärmotive, Primäraffekte	autistisch, primär-narzistisch, präpersonal, symbiotisch, archaisch, kollektiv-exklusiv, Rollenidentität, zyklisches Zeitverständnis	Zugehörigkeit, Sicherheit, Verbundenheit mit der Natur. Mythologisch-magisch, deterministisch, konkretistisch, ritualisierte Praxis
Konventionell:	konkret-operational, formal-operational, sprachlich-diskursiv, rational-kritisch, kompetitiv, short-term-Betrachtungen	sozio- und ethnozentrisch, egologisch, individualistisch, kausal-analytisch, linear, irreversibles Zeitverständnis, perspektisch-historisch, Ich-Identität	Selbstverwirklichung, Differenzierung der Wertesphäre, Naturwissenschaft, Nationalstaat, technologisch-wirtschaftliche Entwicklung, experimentell-interventionistische Praxis
Postkonventionell:	Reziproke Toleranz und Anerkennung, all-perspektivisch, kooperativ-altruistisch, solidarisch, nachhaltig	universalistisch, pluralistisch, systemisch komplementär, synchronizistisch, kollektiv-inklusiv, transpersonal, reziproker Rollenwechsel	Selbsttranszendenz, Menschenrechte, globales Referenzsystem, Offenheit/Transfinit, integrale Praxis, universelle Gerechtigkeit/Fairness

2. Evolutionäre Wirtschaftssysteme

Der oben gezeigte psychologische Entwicklungsrahmen basiert auf einer stark theoretisch ausgeprägten Grundstruktur, die sich im Laufe des letzten Jahrhunderts aus psychologischen Forschungen entwickelt hat. Unglücklicherweise ist die psychologische Hypothese, welche in der volkswirtschaftlichen Theoriebildung angelegt ist, für mehrere Jahrhunderte in der Annahme eingefroren geblieben, welche das menschliche Verhalten als "Homo Oeconomicus" zusammenfasst. Eine klassische Definition beschreibt ihn als: "Ein hypothetischer Mann, der frei sein soll von altruistischen Gefühlen und Motiven, welche das rein egoistische Streben nach Reichtum und dessen Genuss stört"³. Dieses Konzept, welches zuerst von A. Smith eingeführt wurde, datiert mehr als ein Jahrhundert vor Freuds Entdeckung des Unbewussten und beinhaltet neben der Annahme der rationalen Maximierung des Erwartungsnutzens, eines vollständigen Informationsstands und einer stabilen Nutzenfunktion die Bedingung, dass subjektive Entscheidungen nicht durch affektive Variablen verzerrt werden.

Die Frage ist: Worin liegen die Auswirkungen des psychologischen Entwicklungsprozesses (s.o.) auf das wirtschaftliche Verhalten? Es lässt sich zeigen, dass wirtschaftliche Tätigkeiten und hier insbesondere die Geldwirtschaft selbst ein evolutionäres Muster vorweisen, welches in direkter Beziehung zu dem Grad des Bewusstseins der betroffenen Menschen steht.

Jede Gesellschaft, inklusive unserer eigenen, hält ausnahmslos ihr eigenes Währungssystem für selbstverständlich. Das ist bemerkenswert, wenn man die außergewöhnliche Vielfalt von Dingen bedenkt, die in den verschiedenen Gesellschaften als Währung genutzt wurden⁴. Psychologen würden darauf hinweisen, dass eine solche "Deutlichkeit" unweigerlich ein Zeichen für etwas ist, das bis jetzt noch nicht ins Bewusstsein gedrungen ist. Deshalb sind Geldsysteme ein ideales Feld um den durchschnittlichen Grad des Bewusstseins einer Gesellschaft in einer unverfälschten Art und Weise zu untersuchen. Dabei ist es nicht notwendig, dass eine kausale Beziehung erforderlich ist, um die Beziehung

zwischen Bewusstseinsgraden und Geldsystemen herzustellen. Womit wir uns statt dessen beschäftigen, ist eine Korrelation zwischen persönlichen Werten und Auffassungen und den Werten innerhalb des Geldsystems.

Wirtschaftliche Lehrbücher neigen dazu, Geld dahingehend zu definieren was es macht: d.h. seine Funktionen als Wertmaßstab, Tauschmittel und Wertaufbewahrungsmittel. Hier interessiert uns mehr, was Geld ist. Für unsere Zwecke können wir Geld als eine Abmachung innerhalb einer Gemeinschaft definieren, um etwas als Zahlungsmittel zu benutzen. Was ist also das evolutionäre Muster unserer kollektiven, meist unbewussten Abmachungen über Geldsysteme im Laufe der Zeit?

Auf einer präkonventionellen Ebene basiert das Geldsystem im wesentlichen auf Wirtschaftsgütern. Das gemeinsame Charakteristikum bei allen präkonventionellen Währungssystemen ist die Benutzung eines wertvollen Objektes als Zahlungsmittel. Die älteste Methode ist das Tauschgeschäft, der Austausch von Waren oder Dienstleistungen ohne jegliche Form einer Währung. Beim Tauschgeschäft benötigt man aber als Vorbedingung, dass die Parteien "passende Bedürfnisse und Ressourcen haben". Dies ist eine ziemliche Einschränkung für die Mobilität von Tauschgeschäften und laut Aristoteles der erste Grund für die Erfindung des Geldes. Der zweite typische Schritt waren Warenwährungen, die Benutzung als Zahlungsmittel und/oder als Wertmaßstab eines Produktes oder eines Wirtschaftsgutes, welches auch einen gefestigten, nützlichen Wert hat. Viele sogenannte "primitive" Währungen gehören zu diesem Typus, inklusive Rinder, Reis, Eier oder Salz. Der nächste Schritt ist die Schaffung einer Autorität für das System – normalerweise der Herrscher des betreffenden Gebietes – die es standardisiert und die Reinheit, das Gewicht und andere Qualitäten des jeweiligen als Währung genutzten Wirtschaftsgutes garantiert. Als diese Stufe erreicht war, folgte die Münzprägung ziemlich schnell. Herodot schreibt diese Erfindung den Lydiern im 7. Jahrhundert vor Christus zu, und von da an verbreitete es sich wie ein Lauffeuer über die gesamte Alte Welt. Wertvolle Münzprägungen

aus Metall blieben je nach Gebiet zwischen ein- und zweitausend Jahren die wichtigste Währungsform, bis zu unserer ersten wichtigen technologischen Revolution: dem Papiergeld.

Auf einer konventionellen Ebene ist das Geldsystem durch Papier organisiert. Die erste Papierwährung erschien in China während der Herrschaft von Hien Tsung (806-821 n.Chr.) als vorübergehender Ersatz für die traditionellen Bronzemünzen⁵. Das erste Mal, dass der Westen – mit völligem Unglauben – von einer Papierwährung erfuhr, war durch Marco Polo, der von 1275 bis 1292 in China war. Wir müssen aber bis zum Beginn der Industriellen Revolution warten, bis die Papierwährung in der westlichen Welt vom Durchschnittsbürger benutzt wurde. Der Goldstandard war der Übergangsmechanismus von den auf Wirtschaftsgütern basierenden Währungen und den Papierwährungen. Während dieser Zeit sollte das ausgegebene Papiergeld zu 100 Prozent durch die Goldmünzen oder Goldbarren abgesichert sein. In Wirklichkeit war das die meiste Zeit nicht der Fall, aber die Idee einer Absicherung durch Gold wurde immer noch als wichtiges Feigenblatt erachtet⁶. Dieses Feigenblatt wurde offiziell erst 1972 fallen gelassen, als Präsident Nixon sogar für Zentralbanken die Konvertibilität des Dollars zum Gold im Alleingang aufhob und damit dem Bretton-Woods-Abkommen von 1945 ein Ende setzte. In Wirklichkeit war Papiergeld fast schon immer das, was man vom Fachlichen her gesehen als "Fiat"-Währung⁷ bezeichnet, d.h. eine Währung, die aus Nichts erschaffen wurde, für die eine Autorität einfach festlegt, dass etwas, was an sich keinen Wert hat (d.h. Papier), einen bestimmten Wert bekommt. Wie schon bemerkt, ermöglicht diese "technologische" Verlagerung auch eine allmähliche Verlagerung der Macht der Geldherstellung von den Herrschern der präkonventionellen Ära hin zum Bankensystem der konventionellen Ära. Ein legal verschafftes Monopol dieser Art Geld als "gesetzliches Zahlungsmittel" verstärkte dieses Privileg der Bank noch mehr.

Mit dem Wechsel zu einer postkonventionellen Ebene ändert sich auch die Organisationsform des Geldes. Es entstehen elektronische Geldsysteme. Während wir dabei sind, den Anfang eines

evolutionären Musters in Richtung postkonventioneller Psychologie zu sehen, können wir da auch einige frühe Zeichen eines postkonventionellen Währungssystems erkennen? Da dies alles über die Zukunft handelt, muss diese Erforschung unverbindlich bleiben und wird ohne Zweifel kontroverser sein als alles, was je über eine wohlbekanntere Vergangenheit gesagt wurde. Es gibt keinerlei Zweifel darüber, dass der Großteil unseres heutigen Geldes elektronisch ist. Nur geschätzte 5 % des sich in Umlauf befindlichen Geldes ist immer noch Papiergeld. Es gibt sogar ein Land, das offiziell verlautet hat, dass es sein gesamtes Geld bald nur noch in elektronischer Form geben wird: die Regierung von Singapur beabsichtigt bis zum Jahr 2008 alles elektronisch abzuwickeln. Was aber weniger erkennbar ist, ist die Tatsache, dass – genau wie es der Fall war, als das Papiergeld eingeführt wurde – die Macht der Geldschöpfung sich wieder verlagert. In Wirklichkeit ist das Monopol des Buchgeldes im Laufe der letzten Jahrzehnte schon ohne große Ankündigung gestorben.

Da wir die Charakteristiken der wichtigsten Geldvariablen der drei Entwicklungsebenen, die wir zuvor erörtert haben – in präkonventionellen, konventionellen und postkonventionellen Realitäten – bestimmt haben, können wir darauf aufbauen, um die Evolution der entsprechenden Wirtschaftssysteme festzustellen. Jene hängt darüber hinaus in erheblichem Maße an einem spezifischen Zeitverständnis. Abbildung 2 zeigt einen synthetischen Überblick über das, was die drei zuvor erörterten Ebenen für den wirtschaftlichen Rahmen einer Gesellschaft bedeuten würden.

3. Diskussion

Zunächst ist wichtig, dass alle drei Ebenen von Wirtschaftssystemen jetzt zur gleichen Zeit irgendwo in der Welt ausgeübt werden. Anthropologen und Ethnologen beschreiben zum Beispiel viele Agrar- und einige Jäger/Sammlerkulturen, die sich noch immer auf der präkonventionellen Stufe befinden und die "primitiven Tauschhandel" betreiben, ohne irgendeine Währung als Tauschmittel. Mittlerweile haben sich viele dieser "primitiven" Kulturen soweit ent-

Abbildung 2: Einige Charakteristika präkonventioneller, konventioneller und postkonventioneller Wirtschaftssysteme					
Entwicklungsstufe	Wirtschaftssystem	Währungssystem	Rahmenbedingungen	zeitliche Wahrnehmung	Typ Mensch
Präkonventionell:	primitiver Tauschhandel, Agrargesellschaften	auf Waren basierend keine Währung Warenwährungen	Religionen – Mythologien, örtliche/regionale Traditionen	zyklisch, hier/jetzt-Prioritäten	<i>Homo Ritualis</i>
Konventionell:	Industriezeitlicher Wettbewerbsmärkte	auf Papier basierend "Gold-Standard", Bretton-Woods Abkommen	National: Rechtssysteme International: Abkommensysteme	linear, kurzzeitige Prioritäten	<i>Homo Oeconomicus</i>
Postkonventionell:	Post-industrielle Wissensgesellschaft	elektronisch komplementäre Währungssysteme	globale/örtliche Komplementärsysteme, verschiedene ordnende Rahmenbedingungen, bewusste Wahl geschäftlicher Auswirkungen	gleichzeitig verschiedene zeitliche Wahrnehmungen, bewusste Wahl zeitlicher Prioritäten	<i>Homo Universalis</i>

wickelt, dass sie auch verschiedene Arten von Warenwährungen benutzen (z.B. Salz, Rinder). Religiöse und mythologische Erwähnungen rechtfertigen die örtlichen und regionalen Traditionen, die einen solchen Austausch bestimmen. In jenen Gesellschaften dominiert eine zeitliche Wahrnehmung zyklischer Art, gekennzeichnet von jahreszeitlich bedingten Ereignissen und periodischen Festen, auf welche die Märkte ausgerichtet werden. Tauschgeschäfte sind ein untergeordneter Teil ritueller Prozesse und haben sich im Laufe der Zeit entwickelt, um sicherzustellen, dass sie auch die notwendigen Dinge zur Verfügung stellen, die sinnvoll zum Überleben und Wohlfühlen aller Beteiligten sind. Den Menschen, der sich völlig auf dieser Stufe der Realität befindet, könnte man als *Homo Ritualis* kennzeichnen. Da der Großteil der Menschheit heutzutage auf der konventionellen Ebene psychologischer Entwicklung agiert, sollten wir damit rechnen, dass auch die Mehrheit wirtschaftlichen Austausches auf dieser Ebene arbeitet. Dies ist die Welt

des Industriezeitalters, wo Wettbewerbsmärkte in Betrieb sind, in denen Monopole nationaler Währungen durch Gesetze oder internationale Abkommen geschaffen wurden. Die vorherrschende zeitliche Wahrnehmung ist aristotelisch: lineare, granulare Zeit, die von einer unbestimmten Vergangenheit bis in eine unbestimmte Zukunft reicht und – in wirtschaftlicher Hinsicht – eine bestimmte Betonung auf kurzzeitige Betrachtungen legt. Alle Charakteristika des konventionellen Wertsystems und des psychologischen Rahmens treffen auf den *Homo Oeconomicus* zu.

Schließlich gibt es einige anfängliche Anzeichen dafür, dass eine postkonventionelle Realität Gestalt annimmt. Man sollte betonen, dass diese neuen Prozesse zu diesem Zeitpunkt noch embryonal sind. Gemeint ist das Aufkommen von Komplementärwährungen (B. Lietaer, 2000): Komplementärwährungen entwickeln sich parallel zu den nationalen Währungen und haben innerhalb der letzten 10 Jahre ein exponentielles Wachstum erfahren. Es ist jetzt weitgehend anerkannt,

dass "fortschrittliche Volkswirtschaften" in postkonventionelle, wissensbasierte Volkswirtschaften umgewandelt werden. Das Währungssystem jedoch, das eine zeitverzögerte Variable ist, ist noch immer fast ausschließlich konventioneller Art. Wenn man die angehenden Zeichen der neuen postkonventionellen monetären Veränderung von der konventionellen Ebene aus betrachtet, ist man versucht sie kritisch abzutun. Wir könnten das ganze Gebiet komplementärer Währungen so beschreiben wie die Stufe, in der sich die Luftfahrt zu der Zeit befand, in der die Gebrüder Wright mit ihrem ersten Flugzeug starteten. Das Wunder ist, dass ihr Apparat überhaupt flog. Ihre wirkliche Leistung aber bestand darin zu beweisen, dass Fliegen möglich war. Wenn eine Neuerung dieser Art auftaucht, ist sie sehr wahrscheinlich verworren, unvollständig, konfus und von kleinem Ausmaß. Viele Menschen haben während des Übergangs von der präkonventionellen zur konventionellen Ebene schließlich die ersten Papierwährungen in Europa auch nicht als sehr überzeugend oder bedeutungsvoll angesehen.

Um zu den in Abbildung 1 beschriebenen postkonventionellen psychologischen Charakteristika zurückzukehren, finden wir als dominante Emotionen gegenseitige Toleranz und Anerkennung, Solidarität und langfristige Unterstützung und Pluralismus, kulturelle Unterschiede werden zunehmend respektiert, die Fähigkeit sich in andere hinein zu versetzen und universelle Fairness werden immer wichtiger. Dies ist eine Welt, in der die alten Polaritäten zwischen den Individuen und den Kollektiven und die Gegensätze von lokaler und globaler Identität integriert und transzendent wurden. Und wie in Abbildung 2 gezeigt wurde, würden komplementäre Währungen so ein Wertesystem unterstützen und würden dabei helfen, ein wirtschaftliches Gleichgewicht zwischen lokalen und globalen Prioritäten zu schaffen. Die Menschen in einer solchen Gesellschaft wären sich der Nichtneutralität der Geldwahl bewusst und die dementsprechende Praxis ist es, eine Währung für ihre Transaktionen zu wählen, welche die Ziele oder die Art der Beziehungen unterstützt, welche sie in dieser bestimmten Transaktion fördern wollen. Wenn es zum Beispiel um weit entfernte oder kommer-

zielle Beziehungen geht, würden sie weiterhin ihre heutigen konventionellen Währungen benutzen. Geht es aber um Geschäfte mit den Nachbarn oder um solche mit dem Zweck der besseren Versorgung von Senioren oder einer größeren Vielfalt von Lebenserfahrung für ihre Kinder, würde es Sinn machen, eine andere Art komplementärer Währung zu nehmen, als die knappen nationalen Währungen.

Genau wie es in der Psychologie der Fall ist, besteht die Gefahr, die Charakteristika postkonventioneller wirtschaftlicher Ebenen mit einigen Aspekten der präkonventionellen durcheinander zu bringen. Und genau wie in der Psychologie muss man hinter die oberflächlichen Ähnlichkeiten blicken, bevor man in jedem Fall entscheiden kann, womit man es zu tun hat. Zum Beispiel könnten konventionelle Wirtschaftswissenschaftler die heutigen Tauschwährungen als Rückschritt in "primitiven prämonetären Tausch" abweisen. Und in der Tat, es gibt Fälle von Tauschhandel, die präkonventionelle wirtschaftliche Rückschritte sind: Tausch taucht spontan auf, wenn eine nationale Währung zusammenbricht, wie es in den späten 1990er Jahren beim russischen Rubel der Fall war, oder in Argentinien in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts. Aber es gibt auch ausgeklügelte Tauschhandel der Unternehmen im Informationszeitalter, die absolut postkonventionell sind. Sie werden durchgeführt, weil sie eigentlich kostengünstiger als die mit normalen Dollar durchgeführten Transaktionen sind. Kurz gesagt, genau wie bei den psychologischen Entwicklungen können sowohl Rückschritte in Richtung einer präkonventionellen Ebene als auch Fortschritte in Richtung einer postkonventionellen Ebene auf diesem Gebiet beobachtet werden.

Falls sich dieses evolutionäre Schema als wahr erweist, könnte es eine positive, optimistische Zukunft für sowohl die menschliche Gesellschaft als auch die volkswirtschaftliche Theorie bedeuten. Die Menschheit ist eine junge Spezies und eigentlich erlebt sie nicht zum ersten Mal eine große Bewusstseinsveränderung. Die enge Beziehung zwischen den Ergebnissen der Psychologie und der Entwicklung der Geldwirtschaft kann hierzu einen Beitrag leisten.

Literatur:

- Amann, Erwin & Marin, Dalia "Risk-sharing in international trade: an analysis of countertrade" The Journal of Industrial Economics Volume XLIII (March 1994) pg. 63-77
- Baldwin J., 1906-1915, Thoughts and Things, New York: Arno Press
- Bateson G., 1982, Geist und Natur, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Beck A.T., 1972, Depression. Philadelphia: University Press
- Belk, R. W. & Wallendorf, M. (1990) "The Sacred Meanings of Money" in Journal of Economic Psychology Vol 11
- Bertalanffy L., von., 1985, General system theory. New York: Braziller
- Bouyer-Xambeu, Marie Therese; Deleplace, Ghislain & Gillard, Lucien: Private Money and Public Currencies: the 16th Century Challenge (New York: M.E. Sharpe, 1984).
- Cannan, Edwin ed. The Paper Pound of 1797-1821 (reprinted New York: Augustus Kelley, 1969), pg. xlv;
- Coomaraswami A., 1943, Hinduism and Buddhism, New York: Philosophical Library
- Commoner B., Richards F. and Armon C., 1990, Beyond Formal Operations, New York: Praeger
- Ellis A., 1962. Reason and emotion in psychotherapy. New York: Stuart
- Erikson E. H., 1992, Kindheit und Gesellschaft, Stuttgart: Klett Cotta
- Freud S., 1923, Das Ich und das Es. GW. Bd. 8. Frankfurt: Fischer
- Furham, A. & Argyle (1998), M. The Psychology of Money (London: New York, 1998)
- Gallarotti Giulio The Anatomy of an International Monetary System (New York: Oxford University Press, 1995) pg 167.
- Gardiner, H., 1981, The quest for mind: Piaget, Levi-Strauss, and the structuralist movement, Chicago, University of Chicago Press
- Gilligan C., 1982, In a different voice, Cambridge: Harvard University Press
- Glyn, Davies: A History of Money from ancient times to the present day (Cardiff: University of Wales Press, 1994)
- Habermas J., 1977, Erkenntnis und Interesse. Frankfurt a. Main: Suhrkamp
- Habermas J., 1988, Der philosophische Diskurs der Moderne, Frankfurt a. Main: Suhrkamp
- Kindleberger, Charles A Financial History of Western Europe (New York: Oxford University Press, 1993).
- Kohlberg L. 1996, Die Psychologie der Moralentwicklung, hrsg. V. W. Althof et al., Frankfurt a. Main: Suhrkamp
- Kuhn T., 1967, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt a. Main: Suhrkamp
- Lea, S.E.G. et al (1987)., Tarpay, R.M. & Webber, P. The Individual in the Economy (Cambridge, 1987).
- Lietaer, Bernard (2000) Mysterium Geld (München: Riemann Verlag, 2000), also available in Japanese (Tokyo: Diamond Press, 2001).
- Lietaer, Bernard (2001) The Future of Money (London: Random House, 2001) Part Two
- Lietaer, Bernard (2002) "Terra, a corporate initiative to stabilize the world economy" in Deutsche Wirtschaftschronik 2002 (München: Proteus, January 2002).
- Loevinger J., 1977, Ego Development, San Francisco: Jossea-Bass
- Lovejoy A., 1936(1964), The great chain of being, Cambridge: Harvard University Press
- Maturana H. und Varela F. J., 1991, Der Baum der Erkenntnis, München: Goldmann
- Mitchell, Wesley Clair : "Analysis of Economic Theory" American Economic Review 15 (March 1925) pg 1-12.
- Mitchell, Ralph A., Shafer, Neil, 1984, Standard Catalog of Depression Scrip of the United States in the 1930's including Canada and Mexico (Iola, Wisconsin 54990, Krause Publications
- Piaget J., 1977, The essential Piaget, hrsg. V. H. Gruber und J. Voneche, New York: Basic Books
- Plotin, 1966-1988, Enneads, Band 1-7, übers. V. A. H. Armstrong, Cambridge: Harvard University Press
- Rescher N., 1993, Rationalität. Eine philosophische Untersuchung über das Wesen und die Begründung der Vernunft, Würzburg
- Scheler M., 1913, Der Formalismus in der Ethik und die materiale Wertethik. Halle. Niemeyer.
- Schumpeter J. A., 1926, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, München: Dunker und Humblot
- Searle J. R. 1995, The construction of social reality. New York: Free Press.
- Sullivan H., 1980. Die interpersonale Theorie der Psychiatrie, Frankfurt a. Main: Fischer
- Smith H., 1992, Forgotten Truth: The common Vision of the Worlds' Religion; San Francisco: Harper San Francisco
- Smith H., 1989, Beyond the Postmodern Mind, Wheaton, Illinois: Quest Books
- Taurand, Francis "Le troc en Economie Monetaire" L'Actualite Economique, Revue d'analyse economique Vol 52 numero 2, Juin 1986.
- Timberlake, Richard H. 1987 "Private Production of Scrip-Money in the Isolated Community" Journal of Money, Credit, and Banking Vol 19 # 4 (November 1987)
- Varela F. J., 1990, Kognitionswissenschaft, Kognitionstechnik, Frankfurt a. Main: Suhrkamp
- Varela F. J., und Thompson E, Rosch E., 1992, Der mittlere Weg der Erkenntnis: Die Beziehung von Ich und Welt in der Kognitionswissenschaft, Bern und andere: Scherz
- Wall Street Journal Op-Ed page, December 10, 1999
- Weber M., 1921(1988). Gesammelte politische Schriften: Tübingen
- Webster New International Dictionary of the English Language.
- Wilber K. 1977, The spectrum of consciousness, Illinois: Quest Books
- Wilber K., 2000, Integral Psychology, Shambhala

Anmerkungen

- 1 Siehe B. Commoner et al., 1990; C. Coomaraswami, C., 1943; Lovejoy, K., 1936; Plotin, 1966-1988; Smith H., 1989 ,1992, K. Wilber, 1977, 2000; Im Hinblick auf die Entwicklungspsychologie siehe vor allem J. Baldwin, 1906-1915; E. H., Erikson, 1992; C. Gilligan., 1982; L. Kohlberg., 1984, 1996; J. Loevinger, 1977; A. Maslow, 1970; J. Piaget, 1977; H. Sullivan, 1980; H. Gardiner, 1981.
- 2 Auf sozialwissenschaftlicher Ebene spricht man auf konventioneller Ebene von einer "Differenzierung der Wertsphären" (M. Weber, 1921; J. Habermas, 1977, 1988) in Naturwissenschaft, Politik, Recht, Religion, Kunst und Medizin.
- 3 Webster's New International Dictionary of the English Language.
- 4 Ohne die in der jüngsten Zeitgeschichte vorherrschenden Formen von Geld zu erwähnen, wie zum Beispiel Papier, Gold, Silber oder Bronze, kann man eine komplette Sammlung kleiner Objekte anlegen, die als Wertsymbol galten: Bernstein, Perlen, Kaurischnecken, Trommeln, Eier, Federn, Lametta, Hacken, Elfenbein, Jade, Kessel, Leder, Matten, Nägel, Ochsen, Schweine, Quarz, Reis, Salz, Fingerhüte, Kajaks, Muschelketten, Garn und Zappozats, deko rierte Äxte (siehe Glyn, Davies: A History of Money from ancient times to the present day, Cardiff Press der Universität von Wales, 1994) S. 27
- 5 Davies, Glyn: A History of Money from Ancient Times to the Present Day (Cardiff Press der Universität von Wales, 1994) S. 180
- 6 Zum Beispiel das Verhältnis von Goldreserven zur Notenausgabe der Bank von England rangierte von hohen 70 % im Jahre 1794 auf weniger als 50 % Anfang des 19. Jahrhunderts und auf weniger als 10 % im Jahre 1913. Siehe Cannan, Edwin, The Paper Pound of 1797-1821 (Wiederauflage New York: Augustus Kelley, 1969), S. XLIV; und Gallarotti Giulio: The Anatomy of an International Monetary System (New York: Oxford University Press, 1995) S. 167.
- 7 "Fiat Lux" waren die ersten Worte, die Gott laut Genesis aussprach: "Es werde Licht". Der nächste Satz ist, "und es wurde Licht und er sah, dass es gut war". Wir beschäftigen uns mit der wirklich göttlichen Gabe etwas aus dem Nichts durch die Macht des Wortes zu erschaffen ("ex nihilo").

Peter Rühmann:

Japans Krise – bietet sich als Lösung die Einführung von Freigeld an?

In meinem Vortrag "Ein Paradigmenwechsel in der monetären Ökonomik? Einige kritische Anmerkungen" im Rahmen der 32. Mündener Gespräche stellte ich die Frage, ob die augenblickliche Wirtschaftskrise Japans von den Befürwortern des Freigelds nicht als eine große Herausforderung angesehen wird, Lösungsvorschläge auszuarbeiten und sie in die Diskussion einzubringen. Hieran schließen sich die nachfolgenden Überlegungen an.

Japan in der Liquiditätsfalle

Zur Charakterisierung der neueren Entwicklung in Japan sind in der folgenden Tabelle einige makroökonomische Daten zu finden, die dem jüngsten Gutachten des Sachverständigenrates entnommen wurden.

Japans Wirtschaftsentwicklung

	1999	2000	2001	2002 ¹
BIP, in Preisen von 1995 ²	0,7	2,4	-0,1	-0,8
Privater Konsum ²	1,2	0,6	1,4	0,8
Private Bruttoanlageinvestition ²	-3,2	8,6	0,4	-6,8
Staatl. Finanzierungsaldo (in v.H. des BIP)	-7,1	-7,4	-7,2	-7,9
Verbraucherpreise ²	-0,3	-0,7	-0,7	-1,0
Kurzfristiger Zinssatz in v. H.	0,3	0,2	0,1	0,1
Langfristiger Zinssatz in v. H.	1,8	1,7	1,3	1,4

1) Eigene Schätzung des Sachverständigenrates – 2) in v. H. gegenüber dem Vorjahr | Quelle: Sachverständigenrat 2002, S. 29.

Gemessen an den Verbraucherpreisen war im gesamten hier wiedergegebenen Zeitraum ein Deflationsprozess zu verzeichnen, der in den beiden letzten Jahren (wie schon zuvor 1998) von einer Schrumpfung der wirtschaftlichen Aktivität begleitet war. Sicherlich handelt es sich um eine Entwicklung, die Silvio Gesell "Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld" vermeiden wollte: "Wie könnten nun Wirtschaftstockungen verhütet werden? ... Die Preise dürfen niemals und unter keinen Umständen fallen"¹.

Die Bank von Japan hat sich der stockenden Wirtschaftsentwicklung mit einer expansiven Geldpolitik entgegenzustemmen versucht. So stieg die ihrem Einfluss unterliegende Basisgeldmenge in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres durchschnittlich um 27 v.H. gegenüber dem Vorjahr². Sichtbarer Ausdruck dieser expansiven Ausrichtung des geldpolitischen Kurses ist, dass sich der kurzfristige Zinssatz seit langem der Nullschranke angenähert hat. Auch liegt inzwischen der langfristige Zinssatz auf einem so niedrigen Niveau, dass er durch die geldpolitischen Maßnahmen kaum noch weiter gesenkt werden kann. Dies sind Anzeichen, die den Befund Krugmans aus dem Jahre 1998 unterstützen, dass Japans Wirtschaft in der Liquiditätsfalle verharret, wie sie von der keynesianischen Analyse her bekannt ist. Auf deren Grundlage lautet dann die Empfehlung, die wirtschaftliche Aktivität durch eine expansive Fiskalpolitik wieder zu beleben. Im Rahmen des Hicks'schen Diagramms würde sich damit die IS-Kurve so lange nach rechts verschieben, bis die Wirtschaft den Ausweg aus der Liquiditätsfalle und den Weg zurück zur Vollbeschäftigung gefunden hat.

Ein entsprechender Versuch wurde in Japan auch unternommen, wie die andauernd hohen Finanzierungsdefizite des Staates ausweisen. Diese Politik hat vielleicht einen stärkeren

Rückgang der Wirtschaftstätigkeit verhindert, erreichte aber keine nachhaltige Wiederbelebung der Wirtschaft. Der hohe Schuldenstand des Staates, der bereits jetzt im Verhältnis zum BIP fast das Eineinhalbfache beträgt, wird nach der Rückkehr zu einem normalen Zinsniveau zu einer erheblichen Zinslast führen. Deshalb erscheint eine Fortführung dieser Defizitpolitik auf Dauer kaum möglich, sollen nicht für die Zukunft verschärfte Haushaltsprobleme in Kauf genommen werden. Deshalb liegt die Frage nahe, ob nicht eine grundlegende Reform des Geldwesens, wie es die Einführung von Freigeld darstellen würde, eine Lösung für die Probleme Japans bieten könnte. Bevor dieser Gedanke weiter verfolgt wird, ist noch ein weiterer bisher vernachlässigter Aspekt, nämlich die japanische Bankenkrise, zu berücksichtigen.

Bankenkrise

Nach Zusammenbrüchen einiger Finanzinstitute mussten die japanischen Banken eine Einbuße ihrer Kreditwürdigkeit und die damit verbundenen Zinsaufschläge hinnehmen³. Sie halten auch heute noch einen hohen Anteil an notleidenden, noch nicht ausreichend wertberechtigten Krediten und wurden durch den Verfall der Aktienkurse zusätzlich geschwächt. Um den Verklemmungen im Finanzbereich ein Ende zu bereiten, sind wohl durchgreifende Maßnahmen unumgänglich, stehen aber noch aus. Die damit verbundene Unsicherheit scheint sich auf die Investitions- und Konsumentscheidungen auszuwirken und die Binnennachfrage in Japan zu dämpfen. Diese Einschätzung, dass die stokkende Wirtschaftstätigkeit Japans nicht zuletzt durch die schwelende Bankenkrise bedingt sein könnte, weist auf einen Ansatz zur Überwindung der augenblicklichen Situation hin. Sobald durch eine erfolgreiche Reform des Finanzsektors das Vertrauen der Anleger wieder hergestellt ist und sich damit den Banken auch ein ausreichender Spielraum für neue Geschäfte eröffnet, kann mit einer Ausweitung der privaten Binnennachfrage, insbesondere der Investitionen gerechnet werden. Übertragen in die Analyse des Hicks'schen Diagramms könnte die Rechtsverschiebung der

IS-Kurve, die zu einer Belebung der Wirtschaftstätigkeit führt, durch die Entscheidungen der Privaten und nicht über eine Ausweitung der staatlichen Verschuldung bewirkt werden. Die Hoffnung auf erfolgreiche Strukturreformen im Finanzsektor lässt somit in der augenblicklichen Lage Japans die Möglichkeit offen, in einem überschaubaren Zeitraum der Liquiditätsfalle zu entkommen. Dies ist im Folgenden im Auge zu behalten.

Steuer auf das Halten von Geld

Freigeld, mit seiner laufenden Entwertung, kann als eine Besteuerung des Haltens von Geld aufgefasst werden. Vorschläge, die in diese Richtung gehen, wurden aus dem Kreis der amerikanischen und der englischen Zentralbank für den Fall vorgetragen, dass expansive geldpolitische Maßnahmen ihre Wirkung verlieren, weil die nominalen Zinssätze ihre unteren Grenzen erreicht haben⁴. Wertverluste beim Geld mindern die Attraktivität des Haltens von Geld. Dies mag als direkte Wirkung zu erhöhten Ausgaben für Güter führen, aber auch zum Ausweichen auf andere Formen der Vermögensanlage, insbesondere auf finanzielle Anlagen, deren Zinssätze damit unter Druck geraten. Hierauf liegt bei den angesprochenen Vorschlägen das Augenmerk.

Verzinsliche Anlagen weisen gegenüber Geld den Nachteil einer geringeren Liquidität auf. Zum Ausgleich für diesen Nachteil müssen sie eine positive (nominale) Verzinsung bieten, solange Geld seinen Nominalwert wahrt. Führt nun eine Steuer auf Geld zu dessen laufender Entwertung, dann können alternative Vermögensformen ihre Attraktivität gegenüber dem Geld selbst bei gesunkenen (nominalen) Zinssätzen aufrecht erhalten, u.U. sogar bei negativen Zinssätzen, sofern noch ein ausreichender Abstand zur Entwertungsrate des Geldes bestehen bleibt. Investitionen, die nur eine niedrige interne Verzinsung versprechen, lassen sich dann bei gesunkenen, u.U. sogar negativen Marktzinssätzen rentabel finanzieren und die Volkswirtschaft kann so der Liquiditätsfalle entkommen.

Die Besteuerung von Geld erfordert auf jeden Fall die Einführung neuer Techniken und ist des-

halb mit einem Investitionsaufwand verbunden, der zu berücksichtigen ist. Darüber hinaus gibt es, wenn sich heimisches Geld entwertet, in den heutigen offenen Volkswirtschaften den Anreiz, an seiner Stelle ein wertbeständiges ausländisches Geld zu halten. Soweit dies der Fall ist, schwindet die direkte Wirkung einer Geldentwertung auf die Kaufentscheidungen dahin. Mit Blick auf die Zinssätze ist zu beachten, dass als Alternative zu verzinslichen Anlagen in heimischer Währung nicht nur das Halten von heimischen Geld in Frage kommt, sondern vor allem auch verzinsliche Anlagen in Auslandswährung. Deshalb ist es zweifelhaft, ob in einer offenen Volkswirtschaft die Verzinsung inländischer Anlagen, soweit es sich nicht um sehr enge Substitute für Geld handelt, unter das in Japan bereits erreichte niedrige Niveau hinaus gesenkt werden kann.

Als weiteres soll noch ein grundsätzliches Argument angeführt werden. Das Vertrauen in eine funktionsfähige Marktwirtschaft wird nicht zuletzt durch das Vertrauen in die Wertbeständigkeit des Geldes bestimmt. Inflationen, die den Realwert des Geldes zusammenschmelzen ließen, haben gezeigt, dass dieses Vertrauen erschüttert werden kann. Maßnahmen, die eine Entwertung des Geldes herbeiführen sollen, bergen also Risiken. Nun lässt sich einwenden, dass die Gefahr eines Vertrauensverlustes erst bei erheblichen Preissteigerungsraten eintritt, nicht aber bei einer schleichenden Inflation, wie sie die Bundesrepublik Deutschland in den meisten Jahren verzeichnet hat. Das Ausmaß der Entwertung bei einer Steuer auf das Halten von Geld wird sich aber vermutlich in einer Größenordnung wie bei einer schleichenden Inflation halten, so dass kein Vertrauensverlust zu erwarten ist. Hier gerät die Argumentation in ein Dilemma: Wenn die Besteuerung der Geldhaltung die Entscheidungen der Halter von Geld beeinflussen soll, muss sie spürbar sein; dann ist mit ihr aber die Gefahr eines Vertrauensverlustes verbunden. Dass diese Gefahr bei der schleichenden Inflation nicht feststellbar war, könnte daran liegen, dass bei ihr die Entwertung des Geldes in der konkreten Entscheidungssituation nicht wahrgenommen wurde. Bei einer offen vor-

genommenen Entwertung kann dies anders sein, selbst wenn sich die Größenordnung in der Geldentwertung nicht unterscheidet.

Schlussbetrachtung

Angesichts der mit der Besteuerung von Geld verbundenen Kosten und Risiken ziehe ich den Schluss, dass zur Bewältigung der Krise Japans die bisher aufgeschobene Finanzreform den Vorrang haben sollte. Wie die Belebung der wirtschaftlichen Aktivität im Jahre 2000 zeigt, ist ein Wiederaufschwung auch bei fortlaufender Deflation und Zinsen nahe der Nullschranke möglich. Die Einführung einer Steuer auf Geld ist nach den vorangegangenen Überlegungen kein angemessenes Mittel, um eine akute Krise zu bewältigen. Eine Rechtfertigung könnte sie m.E. nur im Zuge einer grundlegenden Umgestaltung des Wirtschaftsablaufs erhalten. Die Existenz einer Liquiditätsfalle allein bietet aber aus den genannten Gründen keine hinreichende Begründung dafür, eine Steuer auf das Halten von Geld einzuführen.

Literatur

- Ehrentreich, Norman (2000), Die Nullschranke nominaler Zinsen als geldpolitische Restriktion in der wissenschaftlichen Diskussion, Zeitschrift für Sozialökonomie 124, 9-15.
- Gesell, Silvio (1920), Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld. in: Gesammelte Werke Band 11, Lütjensburg 1991.
- Krugman, Paul (1998), It's Back: Japan's Slump and the Return of the Liquidity Trap, Brookings Papers on Economic Activity 2, 137-187.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2002/03. Stuttgart 2002.
- VEDA, Kazuo (2001), Japan's Liquidity Trap and Monetary Policy, Bank of Japan, Speeches and Statements, <http://www.boj.or.jp/en/press/koen072.htm>

Anmerkungen

- 1 Gesell 1920, S.195.
- 2 Sachverständigenrat 2002, Ziffer 57.
- 3 Vgl. dazu Ueda 2001, Abschnitt III.A.
- 4 Vgl. dazu die gründliche Besprechung der Vorschläge bei Ehrentreich 2000.

Informationen über Geldreformbestrebungen und Komplementärwährungen in Japan in japanischer Sprache gibt es auf den WebSites: www.grsj.org und www.watsystems.net

Helmut Creutz:

Deflation – ein Gespenst geht um! Welche Rolle spielt die Sättigung der Märkte?

Man wagt es kaum beim Namen zu nennen. Selbst Notenbanker reden vom "D-Wort" oder "Unwort", um es möglichst nicht auszusprechen. Dennoch taucht es immer wieder und zunehmend häufiger auf, oft nur blitzartig, wie ein Gespenst in der Geisterbahn. Was hat es mit der Deflation auf sich?

Von Inflation spricht man bekanntlich, wenn zuviel Geld in Umlauf ist und als Folge davon die Preise steigen. Eine Deflation liegt vor, wenn umgekehrt zu wenig Geld umläuft und als Folge davon die Preise fallen. Während der Begriff Inflation seit Jahrzehnten zu unserem täglichen Vokabular gehört, ist der Begriff Deflation den meisten Menschen kaum geläufig. Selbst in den Lehrbüchern wird er überwiegend als eine längst überwundene Horrorerscheinung aus vergangenen Zeiten abgehandelt.

Bei näherem Hinsehen erweist sich, dass ganze Staaten und Kulturen in Deflationen untergegangen sind – ganz einfach deshalb, weil die Menge des Geldes bis vor knapp einhundert Jahren noch an Gold und Silber gebunden war. Genau so wie Länder und Volkswirtschaften durch neue Edelmetallfunde und die damit ermöglichten Ausweitungen der Geldmengen aufblühten, so brachen sie wieder zusammen, wenn das Geld in Truhen verschatzt, in Krügen vergraben oder von den Reichen für Schmuck und Geschirr eingeschmolzen wurde. Kein Wunder, dass Gold- und Silberschätze damals häufige Anlässe für kriegerische Eroberungen waren.

Die letzte große Deflation erlebte die Welt um 1930. Dafür war nicht nur der Schwarze Freitag an den Börsen in den USA mit den anschließenden Bankpleiten verantwortlich, sondern vor allem auch die damalige Bindung der Geldmenge an das Gold. Besonders dramatisch wirkte sich diese Bindung in Deutschland aus, wo gesetzlich festgeschrieben war, dass das herausgegebene Papiergeld zu 40 Prozent durch Gold und Devisen

gedeckt sein musste. Als dann die US-Banken auf Grund ihrer eigenen Schwierigkeiten kurzfristig erteilte Kredite vom deutschen Staat zurückforderten, passte der damalige Reichsbankpräsident Luther auch die Geldmenge der reduzierten Deckung an. Insgesamt wurde so der Notenumlauf binnen kurzer Zeit bis Ende 1932 um 30 Prozent verringert und der Diskontzins stieg bis auf 20 Prozent. Die Reichsregierung unter dem Kanzler Brüning tat noch ein übriges, indem sie die Beamtgehälter in einer Notverordnung reduzierte. Damit geriet der durch den Geldmangel ohnehin schon gestörte Nachfragekreislauf noch mehr ins Stocken. Die Preise brachen ein und die Arbeitslosigkeit schnellte auf mehr als sechs Millionen hoch; das waren fast 20 Prozent der Erwerbstätigen!

Durch die erst acht Jahre zurückliegende große Inflation hatte die Geldpolitik unter Schmerzen gelernt, dass Geldmengenausweitungen vermieden werden müssen. Leider hatte sie aber noch nicht verstanden, dass im umgekehrten Fall auch umgekehrte Maßnahmen erforderlich sind. Das heißt: in Deflationszeiten wären selbst bei einer Übertretung von Deckungsvorschriften Geldmengenausweitungen angesagt gewesen. Die Folge der falschen Entscheidungen zu Beginn der 1930er Jahre war darum ein Wirtschaftseinbruch, der mit einer für uns heute unvorstellbaren Not verbunden war. Ohne diese Not- und Hungerzeit und die daraus folgenden politischen Entwicklungen wäre die Geschichte wahrscheinlich anders weiter verlaufen. So klagte die Gewerkschaftszeitung "Metall" im Jahre 1953 rückblickend zu Recht: "Zweimal wurde das soziale Gefüge des deutschen Volkes in den Grundfesten erschüttert: während der großen Inflation des Jahres 1923 und nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929. Ohne diese Katastrophen wäre der Nationalsozialismus niemals eine Macht geworden."

Was ist heute mit der Deflation?

Die Anbindung des Geldes an irgendwelche Goldvorräte ist heute weltweit überwunden. Selbst die Schweizerische Nationalbank, die sich vor wenigen Jahrzehnten noch einer völligen Golddeckung ihrer Währung rühmte (und sich gegen eine freiwirtschaftliche Initiative zur Aufhebung dieser Bindung vehement verwarhte!), plant inzwischen den Verkauf ihrer Schätze. Das heißt: eine auf einem Gold- und damit Geldmangel beruhende klassische Form der Deflation ist in unserer heutigen Papiergeld- und E-Cash-Zeit im Grunde gar nicht mehr möglich, es sei denn, eine Notenbank würde die Geldausgabe reduzieren. Was uns aber auch heute noch drohen kann, ist nicht ein Mangel an Geld, sondern sein unzulänglicher Einsatz, der zu einer fallenden Geldumlaufgeschwindigkeit führt. Möglich ist also durchaus ein Mangel an Nachfrage bezogen auf das Angebot der Märkte, der zwangsläufig ebenfalls ein Absinken der Preise bewirkt.

Deflationen sind in unseren Tagen also nicht mehr Folgen einer ungenügenden Geldversorgung oder Geldverknappung durch die Notenbanken, sondern Folgen von unzureichender Nutzung des Geldes durch die privaten und öffentlichen Haushalte, also Folgen von Kaufkraftblockaden trotz genügender Geldversorgung. Jede Unterbrechung des Geldkreislaufs aber erzeugt ein Liegenbleiben von Waren, sie reduziert Nachbestellungen und Neuproduktionen. Bei ungekürzten Arbeitszeiten bewirkt sie zwangsläufig Arbeitslosigkeit. Während also Inflationen heute nur dann entstehen können, wenn die Notenbanken die Geldmenge vorher über den Bedarf hinaus vermehrt haben, kann es zu Deflationserscheinungen auch bei ausreichend vorhandenen Geldbeständen kommen, wenn die Kaufbereitschaft der Bevölkerung zurückgeht. Die Notenbanken können dann nur noch versuchen, Nachfrage und Kreditaufnahme durch Absenkung der sogenannten Leitzinsen zu stimulieren, wie das besonders in den USA in den letzten Jahren geschehen ist. Ein anderes Mittel ist der Versuch der Staaten, durch höhere Verschuldungen und die Vergabe öffentlicher Aufträge die Wirtschaft zu beleben. Was wir heute Deflation nennen,

kann also – genau betrachtet – eine natürliche Folge von zunehmenden Marktsättigungen sein.

Das Beispiel Japan

Eine solche vom Verbraucherverhalten ausgelöste Deflation erleben wir seit rund zehn Jahren in Japan. Begonnen hat sie ähnlich wie die Deflation Ende der 1920er Jahre mit einem großen Börsencrash, der in Japan bereits Ende der 1980er Jahre ablief. Diesem Crash an der Börse folgte eine Flucht des Geldes in die Bodenwerte mit extrem in die Höhe getriebenen spekulativen Grundstückspreisen. In den Spitzenlagen Tokios stiegen die Quadratmeterpreise bis auf völlig irrealen Werte von einer Million DM an. Und der Garten des Kaiserpalastes war damals rechnerisch mehr wert als der Boden ganz Kaliforniens! Als dann nach rund zwei Jahren dieser Spekulationsexzess ebenfalls zusammenbrach und die Beleihungsgrenzen wieder sanken, kamen auch die Banken in Schwierigkeiten, die auf Grund der gestiegenen Grundstückspreise zu hohe Kredite an Eigentümer und Erwerber ausgegeben hatten.

Durch staatliche Unterstützungen und erlaubte Buchungstricks wurde zwar das Gros der Banken bis heute vor dem Konkurs bewahrt. Aber das Gros der Bürger zog aus all dem die Konsequenz, sparsamer als bisher zu leben und vorsichtiger mit Geld umzugehen. Auf Grund der Kaufzurückhaltungen fielen die Preise und damit stieg die Kaufkraft des Geldes, so dass diese Kauf- und Geldzurückhaltung auch noch belohnt wurde. Damit verstärkten sich Zurückhaltung und Preisverfall noch mehr, und es setzte eine konjunkturelle Abwärtsspirale ein, die sich nur schwer aufhalten ließ.

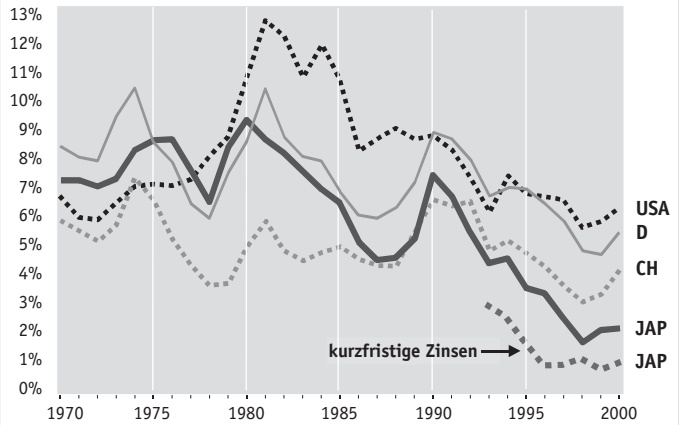
Da mit diesem deflationären Absinken des Preisniveaus auch die Bankzinsen fielen, lohnte es sich auch immer weniger, gespartes Geld zur Bank zu tragen. Dieser Trend zur Geldhortung innerhalb der eigenen vier Wände wurde durch das Wissen über die kritische Situation der Banken noch verstärkt. Und da man für die Geldhaltung im eigenen Haus zweckmäßigerweise über einen Safe verfügen sollte, war die Produktion von Tresoren in Japan zeitweise der am stärksten boomende Industriezweig.

Verständlicherweise versuchte der Staat mit allen Mitteln, diese konjunkturgefährdende Kaufzurückhaltung zu durchbrechen und das Wachstum der Wirtschaft zu beleben. Dies geschah vor allem durch immer höhere schuldenfinanzierte Ausgaben, die in den letzten zwölf Jahren die Staatsverschuldung von 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf sage und schreibe 160 Prozent verdoppelte. (Was das heißt, wird deutlich, wenn man diese Marke mit den im Euro-Raum erlaubten 60 Prozent vergleicht!). Aber auch diese staatlich finanzierten Konjunkturmaßnahmen konnten die Lähmung des Wirtschaftsge-
schehens nicht stoppen. Vielmehr

verschwand auch das zusätzlich vom Staat in Umlauf gesetzte Geld sehr schnell wieder in den Tresoren der Privathaushalte. Selbst der verzweifelte Versuch des Staates, die Wirtschaft mit terminierten und an die Bürger verschenkten Kaufgutscheinen in Schwung zu bringen, ging

weitgehend ins Leere. Zwar wurden alle Gutscheine vor dem Verfallstermin eingelöst, aber der damit ausgelöste Nachfrageschub entsprach nur einem Drittel ihres Nennwerts. Mit der übrigen Kaufkraft erhöhten die Bürger nur wieder ihre Bargeldhaltungen!

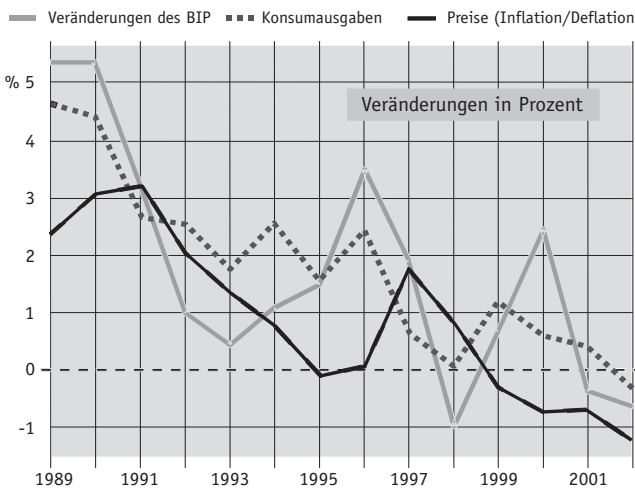
Entwicklungsvergleich langfristiger Zinssätze 1970-2000



Quelle: Jahresgutachten des Sachverständigenrates

© Helmut Creutz / Nr. 120 a

Japanische Verhältnisse – Absturz ins Bodenlose?



Quelle: Jahresgutachten des Sachverständigenrates

© Helmut Creutz / Nr. 120 a

Welche Folgen haben die Geldzurückhaltungen in Japan?

Sieht man sich Statistiken über diese Entwicklungen an, dann liegen sowohl die Wachstumsraten der japanischen Wirtschaft als auch die Nominalzinsen deutlich unter den Werten der anderen Industrienationen. Die kurzfristigen Nominalzinsen lagen in den letzten Jahren knapp über Null, die langfristigen zwischen ein und zwei Prozent. Das Wirtschaftswachstum sank mehrmals unter Null ebenso wie die Veränderungs-raten der Konsumausgaben (vgl. die beiden Darstellungen auf dieser Seite).

Doch trotz des fehlenden Wirtschaftswachstums und trotz der hohen Staatsverschuldung geht es den Menschen in Japan überraschenderweise im Großen und Ganzen nicht viel schlechter als in den übrigen Industrieländern. Zwar hat die Arbeitslosigkeit in Japan zugenommen; doch mit einer Quote von 6 Prozent liegt sie im Vergleich zu anderen Industrieländern immer noch in einem annehmbaren Rahmen.

Ein entscheidender Grund für die bislang noch begrenzten negativen Folgen der japanischen Deflation sind die bereits erwähnten niedrigen Zinsen. Denn im gleichen Umfang wie die Zinssätze sinken, sinken auch die Schuldenlasten und damit tendenziell die Zinsanteile in den Preisen. Das heißt, der deflationäre Preisverfall in Japan kann auch, zumindest teilweise, mit diesem Wirkungsmechanismus der gesunkenen Zinsanteile erklärt werden. Zwar gehen mit diesen sinkenden Zinssätzen auch die Zinserträge der privaten Haushalte zurück; davon sind aber, netto gerechnet, nur die reicheren Minderheiten betroffen. Für die breite Bevölkerungsmehrheit ist dagegen dieser Rückgang der Zinsbelastung von Vorteil. Natürlich auch für den Staat, der trotz höchster Verschuldung derzeit nur relativ geringe Zinszahlungen aus seinen Einnahmen aufzubringen hat.

Hat die Deflation ihren Schrecken verloren?

Alles in allem ist die Situation in Japan trotz Deflation und wirtschaftlicher Stagnation noch halbwegs erträglich. Warum sollte es auch anders sein? Bei Zinsen knapp über Null macht ein Nullwachstum kaum jemanden ärmer, denn bei nicht mehr steigender Leistung bleiben auch die Masseneinkommen gleich, vor allem wenn die Zinstransfers von der Arbeit zum Besitz nicht mehr zunehmen. Das heißt, man erhält für sein Einkommen genau so viel wie im Jahr zuvor. Und auf Grund der sinkenden Preise – gleichgültig ob sie mit der Deflation oder mit den sinkenden Zinsen erklärt werden – kann sich die Mehrzahl der Verbraucher sogar noch mehr erlauben als zuvor, dies vor allem, wenn – wie es in Japan der Fall ist – die Preise stärker fallen als die Löhne.

So erklärt sich auch, dass zwar die ganze Welt mit Schrecken auf das japanische "Desaster" sieht, dass die Japaner selbst aber bislang damit einigermaßen leben können. "Das Besondere an der japanischen Krise ist ihre leichte Verträglichkeit für die Bürger. 'Goldene Rezession' nennen die Japaner das Phänomen. (...) So bleibt der Leidensdruck gering und die Regierung kann die Probleme ignorieren, ohne die Wähler fürchten zu müssen". (ZEIT Nr. 42/2002)

Weiter zeigt sich in Japan, dass mit einem Ausseren aus dem Wachstums-Konvoi der Industrieländer keinesfalls jene internationalen Katastrophen verbunden sein müssen, die immer wieder bei einem "Nullwachstum" und einer isolierten Absenkung der Zinssätze vermutet werden. Die japanische Wirtschaft und auch die japanischen Banken verkehren durchweg ohne gravierende Probleme mit allen anderen Ländern. Handel und Wandel gehen weiter und selbst der Kurs der japanischen Währung hat unter den veränderten Gegebenheiten kaum gelitten, er ist eher überraschend hoch.

Umgekehrt wird aber auch deutlich, in welche Schwierigkeiten die japanische Wirtschaft geraten könnte, wenn die Zinsen wieder auf eine "normale" Höhe ansteigen. Das gilt vor allem für den Staat, der bei den heutigen niedrigen Zinsen mit seinen hohen Schulden noch halbwegs geordnet leben kann. Die vielfach befürchtete, aber bislang ausgebliebene Katastrophe könnte also vermutlich erst dann eintreten, wenn diese Gefahr infolge von Enthortungen der Geldbestände bei "normalen Zinsen" und einer inflationsbelebten Konjunktur eigentlich vorbei sein sollte!

Welche Konsequenzen sollten aus den japanischen Erfahrungen gezogen werden ?

Die durch einen tatsächlichen Geldmangel ausgelöste klassische Form der Deflation gilt nach wie vor mit Recht als ein Schreckgespenst, vor allem im Hinblick auf die sich beschleunigende und schwer zu bremsende Abwärtsspirale. Wenn aber in einer gesättigten Wirtschaft der Verbrauch und die Wachstumsraten zurückgehen und im

Gleichschritt damit auch die Zinsen und die Preise, ist das eigentlich eine natürliche und letztlich wünschenswerte Entwicklung. Ebenfalls ist es normal, dass unter diesen Gegebenheiten auch das Wachstum der Investitionen und der Kreditaufnahmen rückläufig ist.

Problematisch ist dabei aber zweierlei: Zum einen besteht bei noch weiter sinkender Geldumlaufgeschwindigkeit nach wie vor die Gefahr eines Absturzes der Wirtschaft in eine unkontrollierbare Deflationskatastrophe. Zum anderen muss das aufgestaute Nachfragepotenzial zu einem großen Inflationsschub führen, wenn die Konjunktur wieder anspringt. Die damit ansteigenden Zinsen aber könnten bei den hohen Schulden im Lande für die Wirtschaft "tödlich" sein, vor allem für den überschuldeten Staat.

Wie die westlichen Notenbanken eine Wiederkehr der klassischen Deflation Jahrzehnte lang durch eine mehr oder weniger inflationäre Geldversorgung verhindern konnten, so könnte auch die japanische Nationalbank die Problematik einer sättigungsbedingten Deflation in den Griff bekommen, wenn sie die Geldversorgung im Gleichschritt mit den wirtschaftlichen Sättigungsprozessen reduziert. Eine solche marktgerechte Geldmengensteuerung wäre ohne die Gefahr eines Absturzes in eine Deflation allerdings nur erreichbar, wenn die heutigen Instrumente zur Steuerung der Geldmenge mit einer Umlaufsicherung für das Geld ergänzt würden – mit einer Umlaufsicherung, die unabhängig von den schwankenden Zins- und Inflationshöhen gleichbleibend und verstetigend auf die Geldhaltung wirkt.

Mit einer solchen Geldumlaufsicherung ließe sich die Menge des Geldes gewissermaßen automatisch regeln. Und die Zinssätze würden mit den Sättigungsprozessen marktgerecht gegen Null sinken, ohne dass die Gefahr des Umkippen in eine große Deflation bestünde. Und die mit einem Rückgang des Verbrauchs bzw. der Wachstumsraten einhergehenden Folgen für die Beschäftigung könnten bei Zinsen nahe Null durch flexible Kürzungen der Arbeitszeiten neutralisiert werden, ohne dass dies mit problematischen ökonomischen oder sozialen Folgen verbunden wäre. Das heißt, mit einem relativ kleinen Eingriff in die Funktionsweise unseres Geldsystems

würde es möglich, das Wirtschaftsgeschehen auch ohne Wachstum zu stabilisieren, selbst wenn die Zins- und Inflationssätze auf heute kritische niedrige Sätze sinken oder sich die Wirtschaftsleistungen aus sättigungsbedingten Gründen stabilisieren oder sogar schrumpfen sollten.

Betrachtet man die wirtschaftlichen Entwicklungen in aller Welt aus einer gewissen Distanz, können die gegenwärtigen Reaktionen der zuständigen Wissenschaft innerhalb und außerhalb der Notenbanken übertrieben wirken. Nachdem Jahrzehnte lang die Inflation und hohe Zinsen beklagt wurden, gerät man nun angesichts ihres weltweiten Sinkens zunehmend in Sorge, ja sogar in Panik. Statt die damit näher rückenden realen Deflationsgefahren auf der Ursachenebene zu behandeln, nämlich bei den Schwankungen und Unterbrechungen des Geldkreislaufs, wird fast überall nur nach höheren Inflationsraten gerufen und nicht beachtet, welche Folgen die damit zwangsläufig auch ansteigenden Zinssätze bei dem inzwischen erreichten Verschuldungsgrad unserer Volkswirtschaften haben werden. Und statt durch eine konstruktive Geldumlaufsicherung endlich Raum zu schaffen für eine Wirtschaft im Gleichgewicht, für eine Wirtschaft, die auf ständiges Wachstum ebenso verzichten kann wie auf "schöpferische Zerstörungen" (Schumpeter), versucht man erneut den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben.

Einwände und Bedenken gegen eine Umlaufsicherung

Einer der häufiger vorgebrachten Einwände gegen die Einführung einer Geldumlaufsicherung ist der Hinweis auf den technischen Aufwand und die Kosten, vor allem des gelegentlichen Austausches der Banknoten. Denn während die Umlaufsicherung bei den Girokontenbeständen höchst einfach durch elektronische und automatische Abbuchungen von den Bestandsgrößen umzusetzen ist, muss – wenn die Ankündigung eines gebührenpflichtigen Umtausches allein nicht genügt – tatsächlich ab und zu ein Umtausch bestimmter Geldscheinserien oder -stückelungen vorgenommen werden.

Für Unterbrechungen des Geldumlaufs eignen sich in der Praxis vor allem die Banknoten im Wert von 500 Euro, eventuell auch noch die 200-Euro-Scheine. Weil der Anteil dieser größeren Scheine am Gesamtbestand der Euro-Banknoten eher gering ist, sollte auch der Kostenaufwand ihres gelegentlichen gebührenpflichtigen Umtausches kein Hinderungsgrund sein. Vor allem wenn man berücksichtigt, dass die Neudruck- und Umtauschkosten nur einen Bruchteil jener Gebühren betragen, die als Abschlag beim Umtausch einbehalten werden.

Gemessen an den Kosten, die ohne eine solche Maßnahme auf uns zu kommen könnten, also den volkswirtschaftlichen Kosten von Inflationen oder Deflationen, steigenden Zinssätzen oder gar eines Wirtschafts- oder Währungszusammenbruchs, sind die Kosten einer Geldumlaufsicherung eher eine Bagatelle. Bedenkt man ferner, dass bereits das Absinken der Zinssätze in Deutschland um einen Prozentpunkt volkswirtschaftliche Entlastungen in Höhe von rund 60 Mrd Euro erbringt und dass sich damit wiederum die Einkommensumschichtungen von der Arbeit zum Besitz mit ihren schwerwiegenden sozialen Folgen zurück entwickeln, bis hin zur Arbeitslosigkeit, dann wird die Kostenfrage des Bargeldaustauschs noch unbedeutender.

Im übrigen ist anzunehmen, dass der Gebrauch der Geldkarten, in deren Chip sich die Gebühren-Abbuchungen zeitbezogen einspeichern lassen, den Gebrauch der Geldscheine wahrscheinlich noch weiter reduzieren dürfte. Außerdem wurde bekanntlich selbst bei den Geldscheinen bereits die Möglichkeit eingebauter Chips bzw. Magnetstreifen andiskutiert.

Auch die manchmal vorgetragenen Bedenken bezüglich des Vertrauens in die Wertbeständigkeit des Geldes sind wenig stichhaltig. Denn das Vertrauen in die Währung wurde und wird gerade durch die ständigen Inflationen und die sich jetzt abzeichnenden Gefahren erneuter Deflationen untergraben. Diese Erscheinungen aber können durch eine Geldreform, die die Geldmenge steuerbar macht, endlich überwunden werden. Es ist auch nicht richtig, bei den Gebühren für die Geldhaltung bzw. Geldnutzung von einer Entwertung des Geldes zu reden. Einem Wertverlust

werden nur die einzelnen Banknoten ausgesetzt, während die Kaufkraft der Währungen bei einer exakten Geldmengendosierung stabil wird. Niemand käme wohl auf die Idee, bei den Gebühren, mit denen man Behinderungen und Blockierungen im Straßenverkehr vermeidet, von einer Entwertung der Straßen zu sprechen. Genau so sichern auch die Gebühren, mit denen man die Behinderungen und Blockierungen im Geldverkehr vermeidet, erst dessen reibungsloses Funktionieren. Und die Sicherung des Geldwerts wird dann überhaupt erst möglich.

Auch die offenen Weltmärkte stehen der Einführung einer Geldumlaufsicherung nicht entgegen. Vielmehr wird jedes Land, das als erstes mit einer solchen Reform beginnt, allein schon durch die einsetzenden Zinsabsenkungen Vorteile gegenüber seinen Mitbewerbern haben. Und den möglichen Reaktionen von Spekulanten, die mit ihrem Geld in andere Länder gehen, stehen die Vorteile für Investoren gegenüber, die sich durch die günstigeren Kreditkonditionen und die politischen und sozialen Stabilitäten in den Niedrigzinsländern ergeben. Denken wir daran, dass die Schweiz, deren nominale und reale Zinsen im langfristigen Mittel durchweg zwei Prozentpunkte unter den unserigen lagen, noch nie Probleme bezüglich der Investitionen und der Beschäftigung hatte, auch nicht im Bezug auf die auch dort mögliche Kapitalflucht.

Zweifellos ist es richtig, im Zusammenhang mit den allgemeinen Krisensituationen und speziell mit der Krise in Japan auch die Entwicklungen im Bereich der Banken in die Betrachtungen mit einzubeziehen. Die Annahme, dass die gegenwärtige Krise allein auf der Ebene der Geschäftsbanken gelöst werden könnte, übersieht jedoch, dass die Banken nicht die entscheidenden Auslöser der Krisen, sondern selbst in einem zunehmenden Umfang in deren Negativentwicklungen eingebunden sind. Da auch diese Negativentwicklungen als unvermeidbare Folge unserer fehlerhaften Geldordnung angesehen werden müssen, sind die Schwierigkeiten im Bankensektor ein Grund mehr, auf dieser Ursachenebene mit der Fehlerbekämpfung anzusetzen.

Norman Ehrentreich:

Geldpolitik angesichts der Nullschranke der Nominalzinsen: Ein Überblick

Die neunziger Jahre waren in den entwickelten Industrieländern durch überwiegend moderate und fallende Inflationsraten gekennzeichnet. In Japan sanken die Verbraucherpreise zeitweise und die kurzfristigen Nominalzinsen erreichten sogar das Nullniveau. In Anbetracht der seit mehreren Jahren anhaltenden desolaten Wirtschaftslage sind einige Ökonomen wie z.B. Krugman (1998) der Ansicht, dass in Japan das eingetreten ist, was bisher für unwahrscheinlich bis unmöglich gehalten wurde – eine Liquiditätsfalle, aus der es mittels traditioneller Geldpolitik kein kurzfristiges Entrinnen gibt.

Liquiditätsfallen können bei niedrigen Inflationsraten dann eintreten, wenn in einer Volkswirtschaft durch einen deflationären Schock der für Vollbeschäftigung notwendige gleichgewichtige Realzins negativ wird. Da die Nominalzinsen nach unten hin, typischerweise bei Null, beschränkt sind, führen anhaltende Deflationserwartungen entsprechend dem Fisher-Effekt¹ jedoch zu einem positiven Realzins – und somit zur Unterbeschäftigung. Einmal in der Liquiditätsfalle gefangen, ist es sehr schwer, dort wieder herauszukommen.

Die Erkenntnis, dass die Nominalzinsen in einer Geldwirtschaft nicht beliebig fallen können, ist schon mindestens seit Irving Fisher (1896) bekannt. Die Ursache hierfür liegt in der Wertbeständigkeit des Geldes. Drohten z.B. die Zinsen für Finanzaktiva unter Null zu fallen, dann würden die Wirtschaftssubjekte ihr Vermögen in wertbeständigem Geld halten, das zudem einen nicht-pekuniären Ertrag in Form von Liquiditätsdiensten abwirft. Somit wird in einer Geldwirtschaft die minimale Ertragsrate aller Finanzaktiva durch die Ertragsrate des Geldes mitbestimmt. Wie grundsätzlich verschieden die Situation in einer Tauschwirtschaft ist, wird anschaulich von Gesell (1920: 319–324) in seiner Robinsonade beschrieben, von der Keynes (1936) behauptet, dass sie eine "ganz ausgezeichnete

wirtschaftliche Parabel" sei, "so gut wie nur irgend etwas dieser Art, was geschrieben wurde." Eines wertbeständigen Tauschmittels nicht habhaft, willigt Robinson angesichts der zerstörerischen Wirkung von Ratten und Motten schließlich ein, seine aufgesparten Korn- und Kleidervorräte einem auf seiner Insel gestrandeten Fremden zu überlassen. Dieser verspricht ihm, nach einem Jahr zwar nicht die gesamte geborgte Menge in einwandfreien Zustand zurückzugeben, jedoch mehr als was bei sachgemäßer Lagerung übrig geblieben wäre.

Allgemein ist in einer Geldwirtschaft die untere Schranke der Nominalzinsen auf dem Niveau gegeben, zu dem der Grenznutzen der Realkassenhaltung tendiert. Nimmt man wie Keynes noch an, dass der Liquiditätsnutzen nicht sättigbar ist, dann kann die untere Schranke schon bei positiven Zinssätzen erreicht werden. Im Gegensatz zur Geldpolitik ist es jedoch für die theoretische Diskussion unerheblich, ob die untere Schranke nun genau bei Null Prozent liegt – von Interesse ist allein deren Existenz.

Wie Buiters und Panigirtzoglou (2000) betonen, sind die untere Schranke der Nominalzinsen und die Liquiditätsfallen zwar verwandte, aber keineswegs identische Konzepte. Eine Volkswirtschaft ist nur dann in einer Liquiditätsfalle gefangen, wenn die Fähigkeit der Geldpolitik, die aggregierte Nachfrage zu stimulieren, verlorengegangen ist. Eine Erhöhung der Geldmenge könnte die Zinsstruktur nicht mehr beeinflussen.² Dass die untere Schranke der Nominalzinsen bindend ist, stellt nur eine notwendige, aber keinesfalls eine hinreichende Bedingung für eine Liquiditätsfalle dar.

Wie wahrscheinlich sind Liquiditätsfallen?

Eine Abschätzung der Wahrscheinlichkeit, mit der die untere Schranke erreicht werden kann, ist

von großem praktischem Interesse. Yates (2002) unterscheidet hierbei zwei Ansätze. Der empirisch-historische Ansatz bestimmt diese Wahrscheinlichkeit aus der Analyse vergangener Daten. In diese Gruppe fallen z.B. die Untersuchungen von Buiter und Panigirtzoglou (1999) für Großbritannien bzw. Clouse et al. (2000) für die USA und Japan.³ Yates (2002) weist jedoch darauf hin, dass die Verwendung von Daten aus der Vergangenheit zur Bestimmung von ex-ante-Wahrscheinlichkeiten generell problematisch ist. Die institutionellen Rahmenbedingungen können sich z.B. erheblich verändern, so dass einerseits von zeitlichen Strukturbrüchen auszugehen ist, andererseits können sich auch die derzeitigen monetären Rahmenbedingungen verschiedener Länder so stark voneinander unterscheiden, dass die Vergleichbarkeit nicht gewährleistet werden kann.

Die Eintrittswahrscheinlichkeit der Nullschränke kann auch in stilisierten Modellen einer Geldwirtschaft bestimmt werden. Yates (2002) zeigt in einem Vergleich verschiedener Modelle, dass bei erwarteten Inflationsraten nahe Null das Risiko des Wirksamwerdens der Nullschränke z.T. erheblich zunimmt.⁴ Jedoch sind auch die Aussagen modelltheoretischer Ansätze in erheblichem Umfang abhängig von der verwendeten Parameterisierung. Yates verweist darauf, dass die Annahmen über die Varianz und Dauer der auftretenden Schocks, über den langfristigen gleichgewichtigen Realzinssatz sowie über die von der Zentralbank angewendete Steuerungsregel die Ergebnisse erheblich beeinflussen.

Ungeachtet der methodischen Probleme beider Ansätze kann als gemeinsame Aussage abgeleitet werden, dass die Nullschränke der Nominalzinsen bei niedrigen Inflationsraten ein nicht vernachlässigbares Problem ist.

Handlungsmöglichkeiten angesichts der Nullschränke der Nominalzinsen

Untersuchungen über die Nullschränke der Nominalzinsen sind zumeist Analysen monetärer Transmissionsmechanismen. Über den kreditkostentheoretischen Transmissionskanal können an der Nullschränke offensichtlich keine weiteren

realen Wirkungen erzielt werden. Gibt es andere Kanäle, in denen monetäre Impulse in reale Preis- und Mengenänderungen umgewandelt werden? Auf welchen Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte beruhen diese Transmissionsmechanismen?⁵

Die geldpolitischen Handlungsempfehlungen angesichts der Nullschränke lassen sich grob in zwei Kategorien einteilen. In solche, die auf eine direkte Veränderung der Erwartungen abzielen, und jene, die dies auf indirektem Wege z.B. über Erhöhung der Liquidität und Realkasseneffekte versuchen. Die Handlungsempfehlungen sind jedoch nicht auf geldpolitische Instrumente beschränkt. Im Fall einer Liquiditätsfalle ist Geldpolitik definitionsgemäß wirkungslos und fiskalpolitische Instrumente müssen an ihre Stelle treten. Eine Veränderung institutioneller Rahmenbedingungen wird von Goodfriend (2000) sowie Buiter und Panigirtzoglou (1999 und 2000) favorisiert. Eine Liquiditätsbesteuerung à la Gesell würde es erlauben, die untere Schranke der Nominalzinsen auch in den negativen Bereich zu verschieben.

Direkte Veränderung der Erwartungen

Zu den mit der Nullschränke verbundenen Gefahren gehört die Verfestigung deflationärer Erwartungen. Dies erhöht über den Fisher-Effekt den Realzinssatz und kann zu einer Liquiditätsfalle und deflationären Spirale (Krugman 1999) führen. Jede Erhöhung der Inflationserwartungen würde dagegen zu einer Verringerung des Realzinses führen und somit die aggregierte Nachfrage stimulieren. Dieser Effekt steht im Mittelpunkt der Ansätze von Summers (1991) und Krugman (1998). Beide empfehlen zur Prävention des Nullschränkenproblems die Verfolgung langfristig positiver Inflationsraten. Bei deflationären Schocks wäre dann für die Nominalzinsen genügend Raum nach unten, um den Realzins absenken zu können.

Sollten die Nominalzinsen schon bei Null angelangt sein, so wäre es nach Krugman (1998) immer noch möglich, die Inflationserwartungen nachhaltig zu erhöhen. Dreh- und Angelpunkt

dieser Argumentation ist das Vorhandensein von geeigneten Instrumenten, die dies vermögen. Krugman vertraut darauf, dass die Lohn- und Preisrigiditäten und somit die Liquiditätsfalle nur temporär sind. Das Vertrauen in zukünftig steigende Zinssätze und in die zukünftige Wirksamkeit der Geldpolitik würde sich auf die Gegenwart übertragen und der heutigen Geldpolitik zur Wirksamkeit verhelfen.

Münchhausen hätte den obigen Wirkungsmechanismus sicherlich als eine Geldpolitik beschrieben, die sich an ihrem eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen könne. Das diesem Vorschlag entgegengebrachte Vertrauen ist daher auch eher als gering einzuschätzen. Buiter und Panigirtzoglou (1999) vergleichen ihn z.B. mit dem Versuch, Zahnpasta in die Tube zurückzudrücken. Die japanische Zentralbank verweist auf die möglichen Glaubwürdigkeitsverluste, falls sie ein explizites Inflationsziel vorgibt, aber nicht in der Lage sein sollte, dieses auch zu erreichen (Okina 1999).

Ein anderer explizit auf Erwartungsänderungen basierender Vorschlag von Tinsley (1999) zielt auf ein Absenken der längerfristigen Zinssätze ab. Erwartet der private Sektor in der nahen Zukunft steigende Zinssätze – ein durchaus glaubwürdiges Szenario, wenn die kurzfristigen Nominalzinsen bei Null angelangt sind –, dann ist dies gleichbedeutend mit der Erwartung sinkender Kurse bei längerfristigen Anleihen. Dieses mit einer Risikoprämie vergütete Kursrisiko verhindert ein weiteres Absinken der langfristigen Anleihezinsen. Würde sich dagegen die Notenbank, so Tinsley, glaubwürdig verpflichten, die Nominalzinsen längerfristig auf Null zu belassen, dann würde dies die Risiken des privaten Sektors reduzieren und weiteren Raum für eine Senkung langfristiger Zinsen schaffen. Anstelle rein verbaler Absichtserklärungen schlägt Tinsley die Ausgabe von Optionen durch die Notenbank an den privaten Sektor vor. Würde der darin vereinbarte Basiszinssatz zum Ausübungszeitpunkt von der Notenbank überschritten werden, verpflichtet sie sich zu Strafzahlungen an die Optionsinhaber.

Yates (2002) betrachtet diesen Vorschlag als ineffektiv und kostspielig. Sollten die zukünftigen

Umstände für eine Zinserhöhung sprechen, müssten die Strafzahlungen erheblich sein, um die Notenbank davon abhalten zu können. Dies würde erhebliche finanzielle Verluste erwarten lassen, die wahrscheinlich über Steuererhöhungen auf den privaten Sektor überwälzt werden würden.

Erhöhung der Liquidität

Der überwiegende Teil der Lösungsvorschläge für das Nullschränkenproblem beruht in der einen oder anderen Form auf einer Erhöhung der Liquidität in der Wirtschaft. Dies mag auf den ersten Blick zunächst erstaunen, ist aber darin begründet, dass die Autoren zwar von der Wirksamkeit der Nullschränke ausgehen, aber mehr oder weniger explizit die Wirtschaft als noch nicht in der Liquiditätsfalle gefangen sehen.⁶

Weitgehende Einigkeit besteht darüber, dass an der Nullschränke eine weitere Substitution von kurzfristigen Anleihen gegen Geld keine weiteren realen Effekte hervorrufen kann. Nach Goodfriend (2000) ist die Wirtschaft mit Liquidität im engeren Sinne gesättigt, da keine weiteren Transaktionskostensparnisse durch die Erweiterung der monetären Basis erzielt werden können.

Daher beziehen sich die meisten Vorschläge auf eine Substitution langfristiger Anleihen gegen Geld. Bei wirksamer Nullschränke sind die Anleihekurse in der Nähe oder auf ihrem höchst möglichen Niveau. Diese Wertpapiere sind dann aufgrund des Kursrisikos relativ illiquide und nur mit hohen Abschlägen als Sicherheiten verwendbar. Der Ankauf durch die Zentralbank trotz des hohen Kursrisikos stellt nach Goodfriend (2000) eine Erhöhung der Liquidität im weiteren Sinne dar. Er definiert diesen Liquiditätsdienst als die Leichtigkeit, mit der Wertpapiere in Geld umgewandelt werden, entweder durch Verkauf oder als Sicherheit für Kredite. In reale Preis- und Mengeneffekte wird diese Liquiditätserhöhung durch eine Verringerung der "externen Finanzierungsprämie" umgesetzt, die nach Bernanke und Gertler (1995) eine Kostendifferenz zwischen interner und externer Finanzierung darstellt.⁷ Nach Goodfriend (2000) ist bei wirksamer unte-

rer Schranke der Nominalzinsen die Erhöhung der Liquidität im weiteren Sinne die wichtigste Transmissionsmöglichkeit quantitativer Geldpolitik in den realen Sektor.

So empfehlen Clouse et al. (2000), Bernanke (2000) oder Goodfriend (2000) der Notenbank z.B. den Kauf langfristiger Staatsanleihen über Offenmarktoperationen, den Ankauf langfristiger Unternehmensanleihen oder die direkte Kreditvergabe an den privaten Sektor. Zu dem ohnehin vorhandenen Kursrisiko käme bei Aktivitäten auf privaten Wertpapiermärkten noch das Insolvenzrisiko der Emittenten hinzu. Nach Yates (2002) ist unter diesen Umständen mit fast an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass die Notenbank Verluste einfahren wird, die dann möglicherweise über Steuererhöhungen sozialisiert werden würden. Zusätzlich führt er mögliche mikroökonomische Verzerrungen an, z.B. den Informationsverlust der durch die Egalisierung der relativen Wertpapierpreise entsteht.

Ein weiterer Vorschlag sind die sogenannten "Geldregen" (money rains, Clouse et al. 2000, Bernanke 2000). Hierbei soll die Notenbank die Liquidität über Geldtransfers in den privaten Sektor steigern, d.h. durch Geldüberweisungen, ohne Gegenleistungen in Form von Wertpapieren oder Sicherheiten zu verlangen. Neben dem Liquiditätserhöhenden Effekt dominiert aber der auf einer Umverteilung zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor beruhende Vermögenseffekt. Daher, so Buiter und Panigirtzoglou (2000), wäre dies eher als fiskalpolitische Maßnahme einzustufen. Nach Yates (2000) ist eine wesentliche Erhöhung der effektiven Nachfrage trotz des fiskalischen Charakters zweifelhaft. Erstens werden die Konsumenten nach der permanenten Einkommenshypothese (Hall 1978) nur den annuisierten Betrag einer einmaligen Einkommenserhöhung für den Konsum verausgaben. Zweitens ist nicht klar, ob der wahrscheinlich über Steuererleichterungen finanzierte "Geldregen" nicht in der Zukunft wieder rückgängig gemacht werden würde. Dann würde nach der Ricardo-Äquivalenz der Vermögenseffekt gleich Null sein und überhaupt keine Nachfrageänderungen hervorrufen können. Die negativen

Erfahrungen Japans mit Einkaufsgutscheinen scheinen den geäußerten Bedenken Recht zu geben. Zu den mit "Geldregen" verbundenen Kosten zählt Yates unausweichliche redistributive Effekte, die allokativen Verzerrungen hervorrufen können.

Als letzter Vorschlag soll an dieser Stelle der Lösungsvorschlag von Svensson (2001) erwähnt werden, der auf die Erhöhung der Liquidität und Steigerung der Inflationserwartungen abzielt. Svensson empfiehlt beliebig große Interventionen am Devisenmarkt, um die einheimische Währung abzuwerten. Der Wechselkurs unterhalb des Gleichgewichtsniveaus soll dann durch weitere Interventionen verteidigt werden. Dies würde die ausländische Nachfrage nach inländischen Gütern erhöhen und die Importe verteuern. Mit anderen Worten, die Notenbank möchte Inflationserwartungen importieren. Im Gegensatz zu den Vorschlägen, bei denen Inflationserwartungen bei schwachen Währungen über eine Wechselkursfixierung an eine stärkere Währung gebrochen werden sollen, ist die Glaubwürdigkeit der Notenbank hier nicht von ihren Devisenreserven abhängig. Die Notenbank interveniert in genau der entgegengesetzten Richtung und kauft ausländische Devisen auf, die sie mit dem selbst gedruckten Geld bezahlt. In späteren Stufen kann die Wechselkursfixierung unterhalb ihres Gleichgewichtswertes durch explizite Inflations- oder Preisniveauziele ersetzt werden.

Obwohl von Svensson als "idiotensicherer Weg" aus der Liquiditätsfalle angepriesen, kann auch dieser Vorschlag nicht überzeugen. Zum ersten setzt er voraus, dass dasjenige Land, dem gegenüber abgewertet werden soll, nicht selbst in einer Liquiditätsfalle gefangen ist oder aus anderen Gründen eine reale Aufwertung seiner Währung ablehnt. Dies könnte sogar zu Abwertungswettläufen führen. Mehrere Autoren (Clouse et al. 2000, Yates 2002) kritisieren an diesem Vorschlag, dass die Notenbank i.d.R. nicht in der Lage ist, den Wechselkurs wie einen Zinssatz zu steuern. Es ist unklar, in welchem Ausmaß Interventionen am Devisenmarkt notwendig sind, um eine gewünschte Abwertung zu erzielen. Erfahrungen und empirische Studien lassen lediglich

darauf schließen, dass diese erheblich sein müssen.

Gesell-Geld: Eine elegante Lösung für das Nullschränkenproblem

Die kurze Diskussion der obigen Vorschläge hat gezeigt, dass es keinen "Königsweg" gibt, der das Problem der Nullschränke und der Liquiditätsfalle befriedigend, d.h. mit Sicherheit und unter geringen Kosten lösen kann.

Die auf den Ideen von Silvio Gesell beruhenden Vorschläge von Goodfriend (2000) sowie Buiter und Panigirtzoglou (1999 und 2000) können dagegen von sich behaupten, dass ihre Umsetzung das Nullschränkenproblem mit Sicherheit lösen könnte. Durch eine Steuer auf Bar- und Buchgeldbestände hört die Nullschränke als technologische Beschränkung auf zu existieren und kann von der Zentralbank nach Belieben auch in den negativen Bereich verschoben werden. Da die untere Schranke der Nominalzinsen eine notwendige Bedingung für eine Liquiditätsfalle ist, kann letztere durch eine Liquiditätsbesteuerung mit Sicherheit ausgeschlossen werden.

Die Hauptargumente gegen diesen Ansatz beziehen sich zumeist auf die Kosten der praktischen Implementierung⁸, auf mögliche Substitutionseffekte (Bryant 2002 und Freedman 2002), sowie auf Bedenken politischer, legaler oder psychologischer Art.

Alle diskutierten Vorschläge gehen implizit davon aus, dass ihre Umsetzungskosten geringer sind als die positiven Effekte. Empirische Belege dafür kann i.d.R. keiner der Autoren liefern. Für die Geldbesteuerung spricht prinzipiell, dass durch den technischen Fortschritt im Zahlungsverkehr die administrativen Kosten tendenziell stärker als bei den anderen Plänen fallen werden.

In Bezug auf die Substitution hin zu ausländischen Noten (vor allem im Banknotenumlauf im Ausland) verweist Bryant (2002) auf möglicherweise stark fallende Seignorage-Einnahmen für die einheimische Notenbank. Positiv merkt er die sich ergebenden Möglichkeiten für die Verhinderung und Besteuerung illegaler Aktivitäten an.

Der Mitarbeiter der englischen Notenbank Yates (2002) schreibt, dass die Bank of England risikoaverse Politiker typischerweise dahingehend berät, von wenig erprobten Maßnahmen wie z.B. einer Geldsteuer Abstand zu nehmen und lieber auf bewährte Instrumente zurückzugreifen.⁹ Es sei an dieser Stelle aber hervorzuheben, dass bei einer Geldbesteuerung die quantitative Geldpolitik mit ihren traditionellen Instrumenten, die sich am kurzen Ende der Zinsstrukturkurve orientieren, durchgeführt werden kann, ohne von den eher unorthodoxen Mitteln der oben diskutierten Art abhängig zu sein. Die von Yates (2002) vorgebrachten Bedenken relativieren sich daher.

Neben Bryant (2002) erhebt auch Rühmann (2003) Einwände psychologischer Art. Ihm zufolge stecke die Argumentation der Befürworter einer Geldsteuer in einem Dilemma: soll die Geldsteuer die Entscheidungen beeinflussen, so müsse sie spürbar sein, was aber zu einem Vertrauensverlust führen könne. Bei der derzeitigen schleichenden Inflation wäre dieser Vertrauensverlust nicht feststellbar, was daran liegen könne, dass die Geldentwertung in der konkreten Entscheidungssituation nicht wahrgenommen werden würde. Nach Rühmann ist also mit einer Geldsteuer die Unsicherheit verbunden, dass das Unterschreiten des Nullzinsniveaus eine bei schleichender Inflation vorhandene "Geldillusion" zerstört und zu einem Vertrauensverlust führt. Der Nullzins wäre also ein Referenzniveau, an dem sich die Wahrnehmung ökonomisch sonst gleicher Sachverhalte ändert.

Dieser aus der verhaltensorientierten Kapitalmarktforschung bekannte Wahrnehmungseffekt könnte zutreffen.¹⁰ Dennoch gehe ich von einer vollständigen Antizipation einer schleichenden Inflation über den Fisher-Effekt aus, so dass diese in den finanziellen Entscheidungen berücksichtigt wird. Möglicherweise meint Rühmann aber mit seinem Argument asymmetrisch um Null verteilte sogenannte "Schuhlederkosten" der Geldentwertung durch Inflation bzw. Geldsteuer. Als "Schuhlederkosten" werden die durch allokativen Verzerrungen hervorgerufenen Kosten einer vollständig antizipierten Geldentwertung bezeichnet. Es ist durchaus möglich, dass diese

bei einer Geldsteuer geringer ausfallen als bei einer Inflation. Letztere bewirkt eine Geldentwertung über ein steigendes Preisniveau. Nicht synchron steigende Preise können zu allokativen Fehlentscheidungen führen. Eine Geldsteuer bei konstantem Preisniveau bleibt von diesen Verzerrungen verschont. Eine strenge Unterscheidung zwischen der Entwertung eines nominal nicht fixierten Tauschmittels bei konstantem Preisniveau und einer Entwertung eines nominalwertstabilen Tauschmittels durch Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus entkräftet auch die fundamentale Kritik von Wallace (2000). Wallace sieht das Geld einem "radioaktiven Werteverfall" ausgesetzt, was die ursprüngliche Daseinsberechtigung des Geldes als stabile Recheneinheit aushöhlt. Wallace hat die prinzipielle Trennbarkeit von Tauschmittel und Recheneinheit an dieser Stelle übersehen.

Die an dieser Stelle etwas ausführlichere Beschäftigung mit den Einwänden gegen die Vorschläge von Goodfriend sowie Buiter und Panigirtzoglou hofft dazu beizutragen, dass ihre Wahrnehmung als lediglich "akademische Kuriosität" (Amirault und O'Reilly 2001) nicht gerechtfertigt ist. In Anbetracht der Effektivität in Bezug auf das Nullschränkenproblem (Freedman 2000) scheint eine weitere Analyse praktischer Umsetzungsprobleme durchaus verheißungsvoll.

Literatur

- Amirault, D. und O'Reilly, B. (2001): "The Zero Bound on Nominal Interest Rates: How Important Is It?", Bank of Canada Working Paper 2001-6.
- Bernanke, B.S. und Gertler, M. (1995): "Inside the Black Box: The Credit Channel of Monetary Policy Transmission." *Journal of Economic Perspectives* 9(4), S. 27-48.
- Bernanke, B.S. (2000): "Comment on DeLong 'America's Historical Experience with Low Inflation.'" *Journal of Money, Credit, and Banking* 32(4), Teil 2, S. 994-997.
- Brunner, K. und Meltzer, A.H. (1968): "Liquidity Traps for Money, Bank Credit, and Interest Rates." *Journal of Political Economy* 76(1), S. 1-37.
- Bryant, R.C. (2000): "Comment on 'Overcoming the Zero Bound on Interest Rate Policy,'" *Journal of Money, Credit, and Banking* 32(4), Teil 2, S. 1036-1050.
- Buiter, W.H. und Panigirtzoglou, N. (1999): "Liquidity Traps: How to Avoid Them and How to Escape Them?" NBER Working Paper Series Nr. 7245.
- Buiter, W.H. und Panigirtzoglou, N. (1999): "Liquidity Traps: How to Avoid Them and How to Escape Them?" Bank of England Working Paper Series Nr. 111.
- Clouse, J. et al. (2000): "Monetary Policy When the Nominal Short-Term Interest Rate is Zero.", Board of Governors of the Federal Reserve System Finance and Economics Discussion Paper Nr. 2000-51.
- Ehrentreich, N. (2000): "Die Nullschränke nominaler Zinsen als geldpolitische Restriktion in der wissenschaftlichen Diskussion.", *Zeitschrift für Sozialökonomie* 37(124), S. 9-15.
- Fisher, I. (1896): "Appreciation and Interest", New York: MacMillan.
- Freedman, C. (2000): "Comment on 'Overcoming the Zero Bound on Interest Rate Policy,'" *Journal of Money, Credit, and Banking* 32(4), Teil 2, S. 1051-1057.
- Gesell, S. (1920): "Gesammelte Werke", Bd. 11, "Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld." Lütjeburg: [Fach]Verlag für Sozialökonomie.
- Goodfriend, M. (2000): "Overcoming the Zero Bound on Interest Rate Policy." *Journal of Money, Credit, and Banking* 32(4), Teil 2, S. 845-869.
- Hall, R.E. (1978): "Stochastic Implications of the Life-Cycle Permanent Income Hypothesis: Theory and Evidence." *Journal of Political Economy* 86(6), S. 971-987.
- Kahnemann, D. und Tversky, A. (1979): "Prospect Theory: An Analysis of Decision under Risk." *Econometrica* 47(2), S. 263-289.
- Keynes, J.M. (1936): "Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes", Berlin: Duncker & Humblot.
- Krugman, P. (1998): "It's Baaack: Japan's Slump and the Return of the Liquidity Trap." *Brookings Papers on Economic Activity* 2, S. 137-187.
- Krugman, P. (1999): "Deflationary Spirals.", www.mit.edu/krugman/www/spiral.html
- Mishkin, F.S. (2001): "The Transmission Mechanism and the Role of Asset Prices in Monetary Policy.", NBER Working Paper Series Nr. 8617.
- Okina, K. (1999): "Monetary Policy Under Zero Inflation: A Response to Criticism and Questions Regarding Monetary Policy." Bank of Japan Institute for Monetary and Economic Studies Discussion Paper Series Nr. 99-e-20.
- Rühmann, P. (2003): "Japans Krise - bietet sich als Lösung die Einführung von Freigeld an?", *Zeitschrift für Sozialökonomie* 40(136), S. 10-12.
- Summers, L. (1991): "How Should Long Term Monetary Policy Be Determined?" *Journal of Money, Credit, and Banking* 23(3), S. 625-631.
- Svensson, L.O. (2001): "The Zero Bound in an Open Economy: A Foolproof Way of Escaping from a Liquidity Trap." Bank of Japan Institute for Monetary and Economic Studies Discussion Paper Series 19(S-1), S. 277-312.
- Tinsley, P.A. (1999): "Short Rate Expectations, Term Premiums, and Central Bank Use of Derivatives to Reduce Policy Uncertainty." Board of Governors of the Federal Reserve System Working Paper Nr. 1999-14.
- Ullersma, C.A. (2002): "The Zero Lower Bound on Nominal Interest Rates and Monetary Policy Effectiveness: A Survey." OCFEB Research Memorandum 0203.
- Wallace, N. (2002): "Comment on Ben McCallum, 'Theoretical Analysis Regarding a Zero Lower Bound on Nominal Interest Rates.'" *Journal of Money, Credit, and Banking* 32(4), Teil 2, S. 931-935.
- Yates, T. (2002): "Monetary Policy and the Zero Bound To Interest Rates: A Review." European Central Bank Working Paper Series Nr. 190.

Anmerkungen

- 1 Nach dem Fisher-Effekt bestimmt sich der Nominalzins in einer Wirtschaft aus dem Realzins zuzüglich der erwarteten In-

flationsrate. Relevant für Investitionsentscheidungen ist nur der Realzins.

- 2 In der monetaristischen Auffassung einer Liquiditätsfalle à la Brunner und Meltzer (1968) müsste die Zinsstrukturkurve flach bei Null liegen. Der wesentliche Auffassungsunterschied zu den mehr keynesianisch geprägten Autoren sind unterschiedliche Annahmen über die Substituierbarkeit der einzelnen Finanzaktiva. Geht man von einer vorhandenen Liquiditätspräferenz aus, die nur von monetären Aktiva befriedigt werden kann, dann stellen andere Finanzaktiva keine vollständigen Substitute dar und die Zinsstrukturkurve ist steigend.
- 3 Für einen ausführlichen Überblick empirischer Untersuchungen siehe auch Amirault und O'Reilly (2001).
- 4 Yates vergleicht insgesamt sieben makroökonomische Modelle der Nullschränke. Fünf von diesen kann er numerisch vergleichbar durch identische Annahmen über das langfristige Gleichgewichtsniveau der Realzinsen. Für einen weiteren Vergleich makroökonomischer Modelle siehe auch Amirault und O'Reilly (2001).
- 5 Einen Überblick alternativer Transmissionsmechanismen gibt z.B. Mishkin (2001). Überblicksartikel über Handlungsempfehlungen angesichts der Nullschränke der Nominalzinsen sind Amirault und O'Reilly (2001), Ullersma (2002) sowie Yates (2002).
- 6 Nicht alle Autoren unterscheiden wie Buiter und Panigirtzoglou (2000) korrekterweise zwischen Nullschränke und Liquiditätsfalle als zwei voneinander verschiedene Konzepte.
- 7 Siehe hierzu auch die Ausführungen in Goodfriend (2000) bzw. Ehrentreich (2000).
- 8 Für eine detailliertere Beschreibung der technischen Umsetzung der Liquiditätsbesteuerung siehe neben den Originalartikeln auch Ehrentreich (2000).
- 9 "Eine Politik vorübergehender Geldsteuern um die untere Schranke der Nominalzinsen abzusenken, ist unter den heutigen Rahmenbedingungen niemals erprobt worden. Prinzipiell sind Inflation und Steuern auf Geld perfekte Substitute, in der Praxis sind aber die Wirkungen einer Inflation besser verstanden als die Vorteile die eine Geldbesteuerung mit sich bringen würde. Typischerweise empfehlen wir risikoaversen Politikern in weniger ungewisse Politikmaßnahmen zu investieren." (Yates 2002, S. 34f. Übersetzung des Autors)
- 10 Der hier beschriebene Wahrnehmungseffekt beruht auf der "Prospect Theory" vom letztjährigen Nobelpreisgewinner Daniel Kahnemann sowie von Amos Tversky (1979) und besagt, dass Verluste stärker bewertet werden als Gewinne.

Sind Zinsen überholt?

"Nach meiner Meinung würde der 'sanfte Tod des Kapitalrentners' (Keynes) die richtige Antwort auf alles sein, was von den Kritikern des Kapitalismus mit Recht vorgebracht wurde. Ist nicht diese zinsfreie Gesellschaft eine Alternative zum Kollektivismus? ... Habe ich einen zu weiten Gedankenausflug unternommen? Ein sehr niedriger Zinsfuß – das ist eine Tatsache, die vor uns liegt."

Prof. Dr. Roy Harrod, Dynamische Wirtschaft. Wien 1949, S.177f

LESER BRIEFE

Zum Beitrag von Ulrich Busch und Ulrike Busch:
"Die Brakteaten des Mittelalters – ein Phänomen von aktueller Bedeutung?"
 [ZfSÖ Folge 135. Folge]

Die Beschreibung der Brakteaten sowie des Nebeneinanders von Einheitsgeld (Silberwährung im Fernhandel) und Regionalgeld (im Zuge zunehmender Städtegründungen und Münzrechtsverleihungen) finde ich sehr gelungen, ebenso die Erklärung des Begriffs Seigniorage als Differenz von Nennwert und Herstellungskosten einer Münze sowie die spezielle Komponente der damaligen Zeit: die Geldsteuer. Sehr einleuchtend sind auch die vier Gründe dargestellt, die die Gelderneuerung unter den gegebenen Verhältnissen wahrscheinlich hervorgerufen haben: Qualitätssicherung der Münzen, Aktualisierung des Symbols der staatlichen Macht in der Prägung, die Seigniorage und die Sicherung der Geldversorgung. Das "Anti-Hortungsmotiv" war demnach keine absichtsvolle Zielsetzung, aber m.E. kann die Gelderneuerung sehr wohl unabhängig diesen Effekt gehabt haben.

Nicht so überzeugend finde ich die Ausführungen im Abschnitt "Wirkung auf Umlaufgeschwindigkeit und Zins". Sind Ausgaben für aufwendigste gestaltete Nutzgegenstände wie Fassaden von Wohnhäusern, Kirchengebäude inclusive ihrer inneren Ausschmückung nun Konsumausgaben oder Investitionen, eventuell durch Kreditvergabe? Solche Ausgaben könnten sehr wohl durch die "Antizipation der Geldsteuer" (S.18 unten re.) begünstigt worden sein. Und wie ist der Zusammenhang mit der Steigerung der Umlaufgeschwindigkeit? Diese Steigerung erscheint mir auch in der Weise denkbar, dass die Zahl der Menschen, die Transaktionen vornahmen, sowie auch die "Typenvielfalt" und Anzahl der gehandelten Güter und Dienstleistungen stieg. Das dazu passende Gedankenbild ist dann aber nicht das der Schließung von Lücken in einem geschlossenen Geldkreislauf, sondern das Gedankenbild einer räumlichen Ausweitung auf Gebiete, die bis dahin nicht durch geldvermittelten

Handel miteinander verknüpft waren. Das Wort "Gebiet" ist dabei sowohl geographisch als auch in einem übertragenen Sinn zu verstehen. Genau dies ist ja in den vorangegangenen Abschnitten unter den Stichworten Ostkolonisation, Städtegründungen, Erschließung neuer Handelswege und Märkte bereits beschrieben worden.

Ist es unter diesen Umständen sinnvoll, die Quantitätsgleichung zu verwenden, die eine bereits ausdifferenzierte und allgemein verbreitete Geldwirtschaft voraussetzt? Nach meinem Eindruck liegt der Reiz, der aus geldreformerischer Sicht von den Brakteaten ausgeht, darin, dass die dauernde Gelderneuerung als 'Nebeneffekt' die Schatzbildung mit Geld verhinderte. Geld, das nicht für den Gegenwartsverbrauch ausgegeben wurde, musste für langfristige Daseinsvorsorge, sogar für die himmlische, in Form langlebiger Gebrauchsgüter, Kunstgegenstände usw. ausgegeben werden. Andernfalls wäre es bei der nächsten Münzverrufung entweder weniger oder gar nichts mehr wert gewesen. Kann man im Hinblick auf die damaligen Verhältnisse überhaupt schon von Investition, Sachkapitalbildung, Kreditmarkt und einem Zinsniveau sprechen? Der Reiz der Brakteaten liegt m.E. darin, dass sich an diesem Geldsystem zeigte, welche Wirkungen es haben kann, wenn das Zahlungsmittel – sogar eher unabsichtlich – wirklich nur die Zirkulationsfunktion erfüllt und nicht auch noch die Wertaufbewahrungsfunktion.

Meines Wissens wird in der Freiwirtschaftstheorie das "quasi-automatische Sinken des Zinses" (S.21.li) als eine Folge davon betrachtet, dass das Zahlungsmittel unter Angebotsdruck gestellt wird. Auch wird nicht das Geld, sondern der Zins als die entscheidende Triebkraft des wirtschaftlichen Wachstums gesehen (S.21 unten li.)! Die Aussage, dass "eine gleichmäßige und ausreichende Versorgung mit liquiden Mitteln, die nie die Sphäre der Zirkulation verlassen, daher im Rahmen der gesetzten Annahmen ein stetiges Wirtschaftswachstum garantiert," wird innerhalb der Freiwirtschaftstheorie so nicht gemacht. Diese Theorie besagt vielmehr, dass unter Umlaufdruck gestelltes Geld eine stetige Wirtschaftsentwicklung ohne Wachstum ermög-

licht. Eine solche stetige, stabile Wirtschaftsentwicklung ist dabei keineswegs mit Stagnation gleichzusetzen, sondern innerhalb dieses nicht-anwachsenden Volumens des Bruttosozialprodukts gehen auch in marktwirtschaftlich ablaufenden Prozessen qualitative Umschichtungen vorstatten.

Innerhalb der freiwirtschaftlichen "Szene" besteht nach meinem Eindruck auch ein Einverständnis darüber, dass reformerische Eingriffe nicht allein auf Bargeld beschränkt werden sollten. Zur Diskussion darüber, in welcher Weise dies geschehen könnte, sei hier auf den Aufsatz von Dirk Löhr "Konsequente Neutralisierung der Liquiditätsprämie des Geldes – eine portfoliotheoretische Sichtweise" in der 124. Folge der Zeitschrift für Sozialökonomie verwiesen.

Alwine Schreiber-Martens

Zum Beitrag von Dirk Löhr:

"Die Freiwirtschaftstheorie als Theorie der sozialen Asymmetrie"

[ZfSÖ Folge 135]

Dirk Löhr weist in seinem Aufsatz zu Recht darauf hin, dass die in der Freiwirtschaftsbewegung verbreitete Bezeichnung von Geld und Boden als "Urmonopole" nicht ganz korrekt ist, dass es sich in beiden Fällen um keine vollkommenen Monopole handelt (S. 26). In der älteren freiwirtschaftlichen Literatur finden sich allerdings durchaus schon entsprechende Differenzierungen. Otto Valentin zum Beispiel hat in Anlehnung an einen Vorschlag des Ökonomen Otto Conrad zwischen vollständigen und unvollständigen Monopolen unterschieden (in seinem Buch "Überwindung des Totalitarismus", Dornbirn 1953, S. 24-27). Er schreibt u.a.: "Die klassischen Ökonomen haben das Monopol stets nur in diesem Sinne verstanden, also stets den Ausschluss der Konkurrenz gemeint, wenn sie vom Monopol gesprochen haben. Im übrigen aber haben sie die Konkurrenz für frei gehalten. Das war ein schwerwiegender Trugschluss. (...) In Wahrheit stellt das vollständige Monopol nur einen Grenzfall dar, nämlich den Gegenpol der freien Wirtschaft. Zwischen diesen beiden Polen aber, der freien Konkurrenz einerseits und dem Ausschluss der Konkurrenz andererseits, dehnt sich

das weite Gebiet der Konkurrenzbeschränkungen. Das sind die zahlreichen Fälle, in denen die Konkurrenz weder frei noch ausgeschlossen, sondern auf einen mehr oder weniger großen Kreis von Personen beschränkt ist. Diese Konkurrenzbeschränkungen, die von der klassischen Lehre unbeachtet geblieben sind, bezeichnen wir als unvollständige Monopole. (...) Aus der Vielzahl der unvollständigen Monopole ragen besonders das Bodenmonopol und das vom Geldstreikmonopol abgeleitete Kapitalmonopol hervor."

Neben der Einteilung nach dem Grade ihrer Vollständigkeit unterscheidet Valentin ihrem Ursprung nach natürliche (z.B. Boden) und künstliche Monopole (u.a. das Geldstreikmonopol und das davon abgeleitete Kapitalmonopol.) Der Zins wird als auf einem Monopol beruhend gesehen, das heißt auf einer Beschränkung der Konkurrenz.

Die Sichtweise Valentins kommt dem dankenswerten Bemühen Dirk Löhrs, einige Aspekte der Theorie Gesells fruchtbar weiterzuentwickeln, entgegen. *Josef Hüwe*

B Ü C H E R

Gunnar Heinsohn / Otto Steiger: Eigentum, Zins und Geld – Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft

Marburg: Metropolis-Verlag, 2. Auflage 2002. 540 Seiten.

Gunnar Heinsohn und Otto Steiger, Professoren für Humanwissenschaften bzw. Volkswirtschaftslehre an der Universität Bremen, haben ihre 1996 zum ersten Mal unter gleichem Titel dargelegten Gedanken erneut aufgelegt. Der Text des nunmehr etwas kostengünstigeren Paperbacks aus dem Marburger Wissenschaftsverlag ist durchgesehen, aber "unverändert, weil seine grundlegenden Aussagen nicht zu revidieren sind." Unverändert sind die Autoren auch der Auffassung, "dass die Grundelemente des Wirtschaftens bis heute nicht verstanden sind. Eine wissenschaftliche Lehre, die den Namen ökonomische Theorie verdienen würde, gibt es noch nicht." Für sich selbst nehmen sie nicht mehr und nicht weniger in Anspruch, als die Grundlegung derselben zu versuchen.

Im Vordergrund ihrer umfassenden Kritik steht die herrschende Schule der neoklassischen Theorie und deren Tauschparadigma, welches die Autoren aber auch bei der Klassik (einschließlich des Marxismus), beim Neoklassizismus, beim Monetarismus und bei der Neoklassik verortet: Damit gemeint ist eine bestimmende Prämisse über der ökonomischen Orthodoxie, der zufolge alles Wirtschaften letztlich auf Tauschvorgänge reduziert werden kann, wobei Geld die neutrale Rolle eines effizienten Tauschvermittlers einnimmt, welcher sich als "Geldschleier" über den Realtausch legt. Entsprechend wird auch davon ausgegangen, dass in der Genese der Menschheit und ihres Wirtschaftens das Phänomen des Tausches dem des Geldes chronologisch vorausgeht. Diese grundlegende Fundamentierung der Neoklassik greifen Heinsohn und Steiger nunmehr massiv an, indem sie extensiv Erkenntnisse und Einsichten von Historie und Völkerkunde heranziehen, um schließlich zu resümieren: "Zur Verblüffung der neoklassisch inspirierten Gelehrten ist nach einer mehr als hundertjährigen Suche in Stammes- und Feudalgesellschaften ein sogenannter vormonetärer Äquivalententausch in der Menschheitsgeschichte nicht belegbar. Er erweist sich vielmehr als ein Stück wirtschaftswissenschaftlicher Folklore. ... Die seriöse ethnologische Forschung hat die Winkelzüge der Neoklassik niemals mitgemacht, aber bei ihr kein Gehör gefunden. ... Wir behaupten somit, dass wir Wirtschaftstheorie treiben, wohingegen die sich als Theorie verstehenden Positionen lediglich historische Fehlannahmen in ökonomische Begriffe kleiden."

Dagegen lasse sich ein zeitgleiches Auftreten der Phänomene Eigentum, Zins und Geld sowie ökonomisches Wachstum und Prosperität ohne weiteres nachweisen. Die Autoren belassen es aber nicht beim Konstatieren einer Korrelation, sondern stellen Kausalzusammenhänge her. Die Menschheit kenne drei gesellschaftliche Grundstrukturen:

- (1) die Solidargesellschaft des Stammes,
- (2) die Befehlsgesellschaft des Feudalismus und Realsozialismus
- (3) die Eigentumsgesellschaft der Freien.

Solidar- wie Befehlsgesellschaft kommen über eine bloße "Beherrschung von Ressourcen" zur materiellen Reproduktion nicht hinaus. Erst die Eigentums-gesellschaft finde zur "Bewirtschaftung von Ressourcen". Der Übergang zur Eigentums-gesellschaft erfolgt dabei jeweils durch Revolution bzw. durch revolutionären Akt: "Verlässt man sich im Gegensatz zur herrschenden Lehre von neuem auf die antiken Historiker und die archäologische Evidenz, dann ergibt sich ohne Schwierigkeit, dass die Aufteilung feudaler Güter durch Revolutionäre (die legendäre roma quadrata des Romulus) das Grundeigentum in die Welt bringt. Sie wollten durch diese "Bodenreform" ihre priesterfeudalistischen Herren loswerden. Dieses Ziel erreichten die Revolutionäre. Dadurch brachten sie zugleich aber eine über die bloße Beherrschung von Gütern hinausgehende Bewirtschaftung von Ressourcen, das Wirtschaften also, in die Welt."

Neben dem postfeudalen Rom werden die postfeudalen griechischen Stadtstaaten der Antike sowie die modernen – ebenfalls postfeudalen – Nationalökonomien der Neuzeit als Eigentums-gesellschaften erkannt. Dabei ist ein Rückfall in feudale Verhältnisse ohne weiteres möglich, wie die vorübergehend "sozialistischen" Staaten der Ostblocks zeigen, die Heinsohn und Steiger ohne weiteres unter Feudalismus subsumieren. Aber: "Erst die Ausschaltung eines herrschaftlichen Zugangs zu Gütern erzwingt das Wirtschaften als Konsequenzen des Eigentums." Wie erklärt sich nun die überlegene und augenscheinliche ökonomische Dynamik der Eigentums-gesellschaften? Was ist die "konstitutive ökonomische Rolle des Eigentums"?

Zunächst wird das Eigentum eindeutig und präzise – und durchaus im Sinne der modernen Rechtsbegriffe – gegen den Besitz abgegrenzt: "Besitz bedeutet immer Rechte zur Verfügung über und damit die physische Nutzung von bestimmten Gütern und oder Ressourcen und ist unabhängig davon, ob Eigentum existiert oder nicht." Die Stammes- wie die Befehlsgesellschaften antiker wie neuzeitlicher Couleur kennen den Besitz ohne weiteres, nicht jedoch das Eigentum und dessen volle "Dispositionsfreiheit, die im Belasten, Verpfänden und Verkaufen ihre wichtigsten Elemente hat."

Diese Dispositionsfreiheit ermöglicht es nun einem Eigentümer, mit einem zweiten einen Gläubiger-Schuldner-Kontrakt einzugehen dergestalt, dass der Gläubiger sein Eigentum belastet, indem er Anrechtsscheine auf sein Eigentum – eben Geld – dem Schuldner aushändigt, während dieser im Gegenzug sein Eigentum gegenüber dem Gläubiger als Sicherheit verpfändet. Geld wird also in und uno actu mit einem Kreditkontrakt geschaffen. Damit ist die Voraussetzung dafür gegeben, dass über die Beibehaltung der Bewirtschaftung einer im Besitz befindlichen Ressource hinaus (z.B. des Ackers eines Bauern) per Kreditschöpfung – ohne (!) vorheriges Sparen und ohne Konsumverzicht – zusätzliche Nachfragepotenziale und damit zusätzliche ökonomische Aktivitäten freigesetzt werden, die die Dynamik und Prosperität in der Eigentums-gesellschaft mitbedingen: "Eigentum setzt eine Beziehung zwischen Gläubigern und Schuldnern in Gang, die das Wirtschaften hervorreibt."

Die genannte Dispositionsfreiheit ist also eine Art immaterieller Mehrwert und wird "Eigentumsprämie" genannt. Kommt es nun zum Kontrakt zwischen zwei Eigentümern, so geht sie auf beiden Seiten verloren. Allerdings erhält der Schuldner im Zuge des Kontraktes Geld und gewinnt damit neue Dispositionsfreiheit. Der Gläubiger hingegen bekommt erst einmal nichts und lässt sich deshalb die verlorene immaterielle Eigentumsprämie materiell ersetzen – durch den Zins: "Ein Schuldner, der die Eigentumsprämie des Gläubigers in Zins umzuwandeln hat, wird dazu gezwungen – in Konkurrenz mit anderen Schuldnern – mehr Geld zurückzuzahlen, als er im Kreditkontrakt erhalten hat. Der Schuldner muss also seinen geliehenen Geldvorschuss, das Kapital, in einer ganz besonderen Weise verwerten." Er wird so zur Ökonomisierung von Ressourcen gezwungen: "Mehrarbeit stößt jedoch an eine natürliche Grenze, da die absolute Länge des Tages jenseits menschlicher Einflussnahme bleibt. Eine solche Grenze gibt es jedoch prinzipiell nicht für das Zinswirtschaften durch produktivere Technik, für die lediglich der Einfallsreichtum der Eigentümer, nicht aber die Zeit eine Schranke setzt. ... Technischer Fortschritt entspringt also der ständigen Notwen-

digkeit einer Verringerung der Verschuldung von Eigentümern."

Der für die Erlangung von Geld, also der Schuldendeckungsmittel zur Auflösung der Kreditkontrakte, notwendige Verkauf hat also nichts mit einem geldvermittelten atemporalen Gütertausch – wie die Neoklassik meint – zu tun. Die Produktion neuer, also erst zu schaffender Waren erfolgt auch nicht aus der Nutzung zeitweise überlassener Ressourcen, die per se produktiv sind, im Rahmen einer physischen Güterleihe – wie es orthodoxe Lesart ist –, sondern weil der Schuldner Eigentum verpfändet hat und mit im Kredit überlassenem Geld sich Ressourcen aneignen und in mehr Eigentum verwandeln kann. "Die Transaktionen auf dem Warenmarkt bilden also den notwendigen Abschluss einer Operation, die in der Eigentumsprämie ihren Ausgangspunkt hat. ... Hier wird durch bloßen Rechtsakt die Weltgeschichte zur Wirtschaftsgeschichte transformiert. Ohne irgendeine physische Veränderung wird die bedeutendste Reichtumsquelle der Geschichte, die Eigentumsprämie, geschaffen. ... Es ist aber der Zins, der erst die Produktion von Reichtum erzwingt, und es ist die Verpfändung von Eigentum, die erst die Produktion von Reichtum ermöglicht."

Die Auseinandersetzung mit dem genannten – und insbesondere durch das Tauschparadigma gekennzeichneten – orthodoxen Block, Marxismus inklusive ("Die Klassik lieferte mit dem Marxismus die Begründung für die Abschaffung der Eigentumswirtschaft, die sie nicht verstand."), wird vervollständigt durch das Ringen mit dem (Keynes'schen) Keynesianismus in seiner Urform und dem Monetärkeynesianismus der Berliner Schule. Dabei sieht man sich ersterem näher als der Neoklassik und wiederum letzterem näher als ersterem, aber die Abgrenzung bleibt dennoch deutlich und unmissverständlich. Die Autoren nehmen auch die etymologische Wurzel des Begriffs der 'Ökonomie' selbst für den eigentums-theoretischen Ansatz in Anspruch: "Das stammesgriechische und auch das feudalmykenische Haus (oikos), das lediglich genutzt wurde, wird ... in der Polis als "Eigentum" einem Netz von Vertragsrechten (nomoi) unterworfen, das nun jene Wirtschaft herbeizwingt, die der Öko-Nomie ihr Thema stellt."

In der Konkurrenz der Gläubiger resultiert aus den unterschiedlich starken Eigentümerpositionen eine Rangordnung in der Akzeptanz der von ihnen emittierten Gelder als Zahlungsmittel. Der stärkste Eigentümer ist schließlich der Emittent mit dem besten Geld. Er nötigt dadurch die schwächeren Gläubiger in die Rolle der Einleger und wird somit zur Bank. Gleichwohl ist damit die Bank nicht etwa Vermittler zwischen Gläubiger und Schuldner – was der konventionellen Vorstellung entspräche –, sondern tritt ihrerseits gegenüber Schuldnern als Gläubiger auf, eben im Kreditkontrakt. So wird von den individuell emittierten zu den überindividuell emittierten Geldern vorangeschritten. Ganz analog entsteht später auch die Zentralbank auf nationalstaatlicher Ebene, die mit ihrem einheitlichen Zahlungsmittel die Gelder der konkurrierenden Notenbanken ersetzt.

Dass der Eigentumsprämie bzw. dem ihr logisch nachgeschalteten Zins ein Wachstumszwang erwächst, wird deutlich gesehen, aber offenbar nicht als (evtl. ja ökologisches) Problem erachtet und jedenfalls keine Alternativen oder Lösungsmöglichkeiten diskutiert. Statt dessen wird die wohlmeinende, ökonomisch aber orthodox gebliebene Wachstumskritik ad absurdum geführt: "Dass hier nicht eine kollektive Neurose, sondern der eiserne Zwang der Eigentumswirtschaft alle Betroffenen ganz unabhängig von ihrer individuellen Charakterstruktur in Bewegung hält, können die Öko-Ökonomen nicht einmal vermuten, weil sie gegen ihre neoklassische Schule zwar aufbegehren, ihr aber analytisch nicht zu begegnen wissen."

In der Krise der Eigentumsgesellschaft werden haftendes Eigentum entwertet und Beleihungsgrenzen nach unten gefahren. Nicht zuletzt deshalb müssen sich die Investoren nunmehr zurückhalten. Die Geschäftsbanken, deren Verpflichtungen in unveränderter Höhe bestehen, deren Sicherheiten aber im Wert gefallen sind, neigen jetzt eher dazu, ihre Verbindlichkeiten bei der Zentralbank glattzustellen als Geld für neue Investitionen zu kreditieren. Eine Kontraktion der Geldmenge und insofern ein noch weitergehendes Schrumpfen der Nachfrage ist die Folge. Die Versuche der Zentralbank, die Refinanzierung zu

erleichtern (vornehmlich durch Zinssenkungen) und damit das Kreditvolumen wieder zu erhöhen, scheitern typischerweise daran, dass die Zentralbank keine Möglichkeit hat, die potenziellen Schuldner mit Haftungseigentum auszustatten, auf dem die Geschäftsbanken natürlich bestehen. Das beste Beispiel für eine solche Konstellation ist das erdrückende Volumen fauler Kredite in Japan und seine Deflation, die keine andere ökonomische Schule ähnlich überzeugend interpretiert.

Ein entscheidendes Problem der Eigentumsgeellschaft, nämlich die eigentlich unausweichliche Tendenz zu Konzentration und Vermachtung von Eigentum, wird nicht nur deutlich gesehen, sondern auch deutlich mit der Staatsverschuldung in Verbindung gebracht und schließlich ebenso deutlich eine Lösung des Problems aufgezeigt. Die Wirtschaft neigt u.a. deshalb immer mehr zur Krise und der Staat u.a. deshalb immer mehr zur Verschuldung, "... weil die Eigentumskonzentration die Verschuldungsfähigkeit von Bürgern zerstört und somit den Staat solange in die Position eines stellvertretenden Schuldners nötigt, wie er eine Neuverteilung von Eigentum umgeht. Die steigende Staatsverschuldung in den letzten beiden Jahrzehnten hat hierin womöglich einen bisher übersehenen Grund." Und schließlich – logisch konsequent und gar nicht zimperlich: "Am Ende bleibt für die Bekämpfung der Krise in einer Eigentumsgeellschaft kein anderer Weg als bei der Etablierung dieses Systems. Der Staat müsste wie ein Romulus handeln, also durch die radikale Verteilung von Eigentum die Verschuldungsfähigkeit wiederherstellen."

Dass die Geldmenge einer Volkswirtschaft keine exogen gegebene – etwa von einer Zentralbank autonom und administrativ gesetzte – Größe ist, sondern endogen zu fassen, eben weil Geldentstehung wie Geldvernichtung über Krediterschöpfungsprozesse in einem interdependenten Sinne mit der sog. Realsphäre verwoben sind, ist eine unabdingbare Erkenntnis, von der nicht nur etablierte ökonomische Schulen, wie die Neoklassik, aber auch weniger etablierte, wie der Marxismus, profitieren würden, sondern auch die Diskussion um eine Reform der Geld- und Bodenordnung, auch wenn dadurch alles noch komplizierter wird. Interessanterweise werden die in

"Eigentum, Zins und Geld" aufgezeigten Zusammenhänge am besten nachvollzogen von Menschen, die in systemischem Denken trainiert sind – Physikern oder Ingenieuren etwa, aber gar als Selbstverständlichkeiten erachtet (jedenfalls in Teilen) von Praktikern und Bankfachleuten; unter der Voraussetzung allerdings, dass sie keine akademische Ausbildung genossen haben, jedenfalls keine volkswirtschaftliche: "Der Banklehrling weiß, wo das Geld herkommt. Der Volkswirtschaftsprofessor weiß es nicht!", so brachte es Gunnar Heinsohn einmal auf den Punkt und machte damit auch einmal mehr deutlich, wie recht Keynes hatte, als dieser darauf hinwies, dass es weit weniger schwierig ist, eine neue Theorie zu verstehen, als den Kopf freizumachen von den Vorprägungen durch die Orthodoxie. Keynes Weisheit macht auch vor der Freiwirtschaftstheorie nicht halt, nicht vor ihrer Funktion als neuer Theorie, aber auch nicht vor ihrer Rolle als Orthodoxie. *Thomas Betz*

Margit Tünnemann

Der verfassungsrechtliche Schutz der Familie und die Förderung der Kindererziehung im Rahmen des staatlichen Kinderleistungsausgleichs

Berlin: Duncker & Humblot, Schriften zum Öffentlichen Recht Bd. 883, 2002. 337 Seiten.

Wenn in Deutschland rd. 30 % aller Erwachsenen kinderlos bleiben und weitere 40 % sich mit einem Kind begnügen, so dass sich das Potenzial der erwerbstätigen Bevölkerung bis zum Jahr 2050 ohne Zuwanderung halbiert und die sozialen Sicherungssysteme zunehmend gefährdet sind, mag diese bedenkliche demografische Entwicklung vielerlei Gründe haben, von denen politisch nur einige beeinflussbar sind. Einer davon ist die mangelnde Erfüllung des Verfassungsauftrags, die Familie besonders zu schützen.

Wirkte Kinderreichtum in früheren Zeiten der Mehrgenerationenfamilie und ohne Rentenversicherung wohlstandsmehrend und alterssichernd, sind Kinder heute ein Armutrisiko. Ein Kind führt durch Aufwand und Einkommensverzicht im Vergleich zu einem kinderlosen Paar zu einem Vermögensnachteil bis 750.000 Euro; ein Kind

"rechnet sich nicht". Die gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialstrukturen sind gerade auch in diesem Punkt nicht nachhaltig, sondern so, dass die Gesellschaft die Voraussetzungen ihres Fortbestehens untergräbt.

Mit ihrer durch Prof. Dr. Paul Kirchhof betreuten Dissertation über die verfassungsrechtlich gebotene materielle Absicherung der Kindererziehung hat Margit Tünnemann in verdienstvoller Weise eine zentrale Frage der Sozialgestaltung aufgegriffen, die zu den Kernanliegen dieser Zeitschrift gehört. Klar und schlüssig gegliedert behandelt die Autorin in drei Schritten die derzeitige Lage der Familie (Kap. 1), den verfassungsrechtlichen Schutzauftrag (Kap. 2) und die diversen gesetzpolitischen Vorschläge zur Verbesserung der Situation (Kap. 3).

Das erste Kapitel enthält verlässliche Informationen sowohl über die soziale und ökonomische Lage der Familien wie auch über das gegenwärtige Sozial- und Steuerrecht, einschließlich Bundes- und Landeserziehungsgeld, sowie einen Überblick über die Familienpolitik anderer europäischer Länder.

Gestützt insbesondere auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts interpretiert das zweite Kapitel den Artikel 6 Grundgesetz im Gefüge der Grundrechte, des Sozialstaatsgebotes und der Familienschutzbestimmungen in Landesverfassungen sowie in inter- und supranationalen Rechtsquellen.

Das dritte Kapitel schließlich referiert die Entwicklung des Bundeskindergeldgesetzes und die weiterführenden von Parteien, Verbänden und einzelnen Autoren vorgelegten Konzepte zur Reform des staatlichen Kinderleistungsausgleichs. Einleitend hierzu erwähnt Margit Tünnemann unter "Vordenker bezahlter Erziehungsarbeit" nach Julius Fröbel, Ellen Key, Käthe Schirrmacher und Theodor Hertzka auch Silvio Gesell und die Freiwirtschaftsbewegung; sie verweist auch auf Veröffentlichungen u.a. von Helmut Creutz, Margrit Kennedy, Werner Onken, Hans Weitkamp und Wera Wendnagel.

Orientierend für die weitere Diskussion sind die verfassungsrechtlich begründeten Zielvorgaben "Wahlfreiheit für die Lebensform der Familie", "Gestaltungsfreiheit für Familienleben

und Kindererziehung", "Gleichberechtigung der Geschlechter" und Chancengleichheit für die Kinder"; hilfreich ist auch die Unterscheidung von Funktionen und Typen staatlicher Leistungen für Kindererziehung: Versicherung, Versorgung, Fürsorge, Förderung.

Als Finanzquelle empfiehlt die Autorin statt Sonderabgaben und Beiträgen Steuern, leider ohne hier nochmals auf den freiwirtschaftlichen Vorschlag der Verknüpfung mit einer Bodensteuer zurückzukommen. Ihre Vorschläge zur näheren Ausgestaltung des staatlichen Kinderleistungsausgleichs, zu Anspruchsberechtigten, Kinderzahl, Leistungshöhe, Dauer usw., verdienen Beachtung.

Wer sich über das Thema "Reform des Familienlastenausgleichs" orientieren und zur Diskussion beitragen will, findet in dieser ausgezeichneten Arbeit solide Information, überzeugende Argumente und durch ein umfangreiches Literaturverzeichnis weiterführende Hinweise.

Roland Geitmann

Gerhard Senft Im Vorfeld der Katastrophe. Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates Österreich 1934-1938

Wien: Verlag Braumüller, 2002. 550 Seiten.

Am 11. September 1933 entwarf der christlichsoziale Bundeskanzler Engelbert Dollfuß in einer legendären programmatischen Rede seine Vorstellungen von einem Staatsmodell auf berufsständischer Grundlage. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand die Metapher vom "Bauernhause, wo der Bauer mit seinem Knecht nach gemeinsamer Arbeit abends am gleichen Tisch, aus der gleichen Schüssel seine Suppe isst", da sei, so deklamierte Dollfuß, "berufsständische Zusammengehörigkeit, berufsständische Auffassung." (Zit. nach: Senft S. 102.)

Nach der Ausschaltung des Parlaments war besagter Bundeskanzler allen Ernstes mit dem politischen Anspruch angetreten, wenn schon nicht die Welt, so zumindest Österreich zu retten. Das Mittel dazu erblickte Dollfuß in einem christlich motivierten, ständisch-autoritären System. Damit, so glaubte er, ein zerrüt-

tetes Sozialgefüge als Folge einer ökonomischen Dauerkrise festigen, das lähmende Parteiengenzänk überwinden und Österreich als eigenständigen deutschen Staat vor den Annexionsgelüsten des nationalsozialistischen Deutschland erhalten zu können. Bekanntlich zerrann dieser Traum in Blut und Tränen; der Ständestaat, welcher am 1. Mai 1934 eine oktroyierte Verfassungsgrundlage erhielt, vermochte Not und Elend der Arbeitslosenmassen nicht zu lindern; das ersonnene Bollwerk gegen den Nationalsozialismus wurde diesem Anspruch niemals gerecht und zerbröckelte schließlich am gnadenlosen Terror der Nazipartisanen und an der "Achse Berlin-Rom".

Ein Blick aus der historischen Vogelperspektive mag deshalb den Blick freigeben auf ein politisches und sozioökonomisches Trümmerfeld, ein mit den Jahren 1934 bis 1938 abgestecktes "Vorfeld" für die große Katastrophe.

Nach einem regelrechten Forschungsboom in den 1980er Jahren hatte das wissenschaftliche Interesse am österreichischen Ständestaat bald danach wieder merklich abgenommen. Die Forschungsprojekte zum wirtschaftspolitischen Umfeld des Ständestaates waren selbst in der Phase der intensiven Auseinandersetzung mit diesem System über Ansätze nicht hinausgekommen. Diese Defizite hat der an der Wiener Wirtschaftsuniversität forschende und lehrende Historiker Gerhard Senft nun eindrucksvoll beseitigt. Seine im Braumüller-Verlag veröffentlichte wissenschaftliche Studie bringt eine akribisch recherchierte, detaillierte Abhandlung jener Wirtschaftspolitik, die zwischen 1934 und 1938 zur tragenden Säule des von Engelbert Dollfuß begründeten Ständestaates hätte werden sollen. Die wirtschaftspolitische Untersuchung findet sich eingebettet in einer perspektivenreichen geistesgeschichtlichen Darlegung sowohl der für den Ständestaat prägenden weltanschaulichen Strömungen und Persönlichkeiten als auch verfassungshistorisch relevanter Belange.

In einem Einleitungskapitel wird die Leserschaft zunächst mit jenen ökonomischen Krisenphänomenen konfrontiert, die eine Konsolidierung der österreichischen Wirtschaft seit der Neugründung des Staates nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie verhinderten. Die kata-

strophalen Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Gegebenheiten und die politische Kultur des Landes kommen dabei zur Sprache. Dem Einleitungskapitel ist eine Abhandlung über sozialwissenschaftliche Modernisierungstheorien angeschlossen, die als Erklärungsmuster für die sozioökonomischen Krisenerscheinungen dienen. Mit der solcherart dargestellte Diskrepanz zwischen den ökonomisch-technischen Innovationsmöglichkeiten der industriellen Moderne und den in Österreich ausgeprägten mental-gesellschaftlichen Widerständen und strukturpolitischen Unzulänglichkeiten liefert der Autor eine schlüssige Erklärung der Krisenszenarien und ihrer autoritär geprägten Bewältigungsstrategien.

Das darauf folgende Kapitel ist einer ausführlichen Darstellung der weltanschaulichen Facetten und Prägungen des österreichischen Ständestaatregimes gewidmet. Dabei werden die ständischen Konzeptionen diverser sozialkatholischer Reformtraditionen und die antimodernistischen Gesellschaftsentwürfe einflussreicher Persönlichkeiten aus dem konservativen Lager, aber auch die politische Struktur des italienischen Faschismus sowie die Aussagen der Sozialzyklika "Quadragesimo anno" kommentierend dargestellt. Es folgt dem eine Einschätzung, wie sich diese ideologischen Impulse auf das ständische Organisationsmodell in Österreich auswirkten.

Kapitel 3 beschreibt den "Staatsstreich auf Raten" (zit. nach Senft: S. 121), d. h. die Eskalation der politischen Konfrontationen, die Geschehnisse von der Ausschaltung des Parlaments bis hin zur Mai-Verfassung 1934. Neben der Chronik der politischen Ereignisse werden auch hier Einzelpersönlichkeiten und ihre Rolle im autoritären Szenario beleuchtet. Seitenblicke auf andere ständisch-faschistoide Systeme im Europa der 1930er Jahre sowie eine Beschreibung der Funktionsweise des österreichischen Ständestaatmodells runden dieses Kapitel ab.

Zwei Drittel des gesamten Werkumfangs nehmen die Kapitel 4 und 5 ein, die eine ausführliche branchenspezifische Analyse der Wirtschaftspolitik zwischen 1934 und 1938 bringen. Mit den Sektoren Industrie, Landwirtschaft, Gewerbe, Geld- und Währungspolitik, Außenhandel, Infrastruktur und Beschäftigungsinitiativen wer-

den die protektionistischen Interessen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen des österreichischen Korporativsystems erläutert.

Ein 6. Kapitel fasst einerseits die Ergebnisse der umfangreichen Untersuchungen zusammen, stellt aber auch die geistigen und realpolitischen Bruchlinien und Irrwege, insbesondere die dramatischen Versäumnisse in der Währungs- und Sozialpolitik des Ständestaates dar.

Gerhard Senft hat mit seiner Arbeit ein ultimatives Standardwerk zur politischen, sozialen und wirtschaftlichen Geschichte der österreichischen bzw. europäischen Zwischenkriegszeit geschaffen. Der übersichtliche Aufbau, die thematische Dichte der Forschungsebenen und die gefällige sprachliche Aufbereitung machen das Buch zu einer gewinnbringenden Lektüre für ein interdisziplinäres wissenschaftliches Lesepublikum. Grafiken und statistisches Tabellenmaterial, die dem Text an den entsprechenden Stellen beigefügt sind, untermauern die analytischen Erkenntnisse des Autors und tragen wesentlich zur Nachvollziehbarkeit und Verständlichkeit der Untersuchungsergebnisse bei. Die mit Quellenangaben und vielen kommentierenden Ergänzungen versehenen Fußnotentexte erleichtern das Verständnis für jene LeserInnen, die in die Materie noch nicht eingearbeitet sind.

Die Studie von Gerhard Senft sei auch Politikern mit Nachdruck empfohlen, macht sie doch am Beispiel der Zwischenkriegszeit eine fatale "scheuklappenpolitische" Einfallslösung deutlich, die glaubte, ihr Heil in rückwärtsgewandten, autoritären Handlungsmustern suchen zu müssen. Die Lösung der heute so vielfältigen sozioökonomischen Probleme jenseits des kapitalistischen Mainstreams ist ein Gebot der Stunde!

Christof Karner

Peter Biehl u.a. (Hg.) Gott und Geld

Neukirchen-Vluyn: Jahrbuch der Religionspädagogik Band 17, 2001. 255 Seiten.

Themen aus dem Bereich Gerechte Wirtschaftsordnung haben in Theologie und Religionspädagogik seit den 1970er Jahren besonders im

Rahmen des "konziliaren Prozesses für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung" Konjunktur. Allerdings wurden lange Zeit besonders die ungerechten Produktions- und Handelsverhältnisse zwischen armen und reichen Ländern reflektiert. Das vorzustellende Buch zeigt exemplarisch für eine Vielfalt neuerer Bemühungen (s. zu Weiterem N. Mette, S. 209f), dass Theologie und Religionspädagogik jetzt bei einer Kritik des Geldes angelangt sind. Doch bleibt – auch in dem diskutierten Buch – das Thema Zins noch im Hintergrund. Dies zeigt, dass Theologie und Religionspädagogik für eine Kritik der Geldordnung noch kaum einen Erkenntnishorizont haben. Für die Freiwirtschaft bietet der beschriebene Diskussionsstand eine Chance und eine Aufgabe. Die Chance für sie besteht darin, die im eigenen Bereich oft thematisch eng gefasste theologische Zinskritik in eine theologisch breitere Kritik des "Gottes" Geld einbetten zu können. Aufgabe der Freiwirtschaft könnte es sein, Theologie und Religionspädagogik zu verdeutlichen, inwiefern für eine künftige gerechte Wirtschafts- und Schöpfungsordnung nicht nur die Kritik des Geldes, sondern der Geldordnung entscheidend ist. Damit ist doppelt begründbar, inwiefern die Zeit für einen Dialog beider Seiten reif und auch günstig ist. Einige der theologisch bzw. religionspädagogisch arbeitenden Autoren des Buches sind bereits Funktionsträger bzw. Kooperationspartner der Freiwirtschaftsbewegung – so Christoph Körner und Franz Segbers. Bei einigen weiteren Autoren legt das Buch eine künftige Zusammenarbeit nahe.

Die einzelnen Beiträge bieten eine Palette von Themen, die zum Themenumfeld einer theologischen Zins- und Bodenkritik gehören. Die nachfolgenden Anmerkungen zu den einzelnen Beiträgen beginnen jeweils mit einer knappen Inhaltsangabe – nach dem Gedankenstrich folgt mein Vergleich des Beitrags mit dem Gedankengut der (theologisch reflektierten) Freiwirtschaft.

D. C. Siedler thematisiert die eher bescheidene, immerhin destillierbare Geldkritik in der ev. Kirche (3-8). – Dieser Beitrag zeigt die Bedeutung kleiner, alternativer Gruppen innerhalb der Großinstitution Kirche selbst bei einem zen-

tratheologischen Thema wie dem Wirtschaften.

H.-M. Gutmann (Praktischer Theologe) entfaltet die auch aktuelle Bedeutung einer kapitalismusresistenten "Ökonomie des Gabenaustausches" (11), bei der es nicht um Gewinnmaximierung, sondern um "Wiederherstellung gemeinsam geteilter Lebenszusammenhänge" geht (9-12). – Dieser Beitrag bietet den auch freiwirtschaftlich motivierten Tauschringen ein theologisches Fundament.

M. Leutzsch (Bibelwissenschaftler) horcht auf das urchristliche "Geflüster" (15) über Gütergemeinschaft, das in der heutigen Amtskirche 'übertrumpft ignoriert' (16) werde (13-17). – Dieser Beitrag zeigt, wie die Idee der Freiwirtschaft, Boden dem zu geben, der ihn für sich und die Gemeinschaft besonders zu nutzen vermag, urchristlich verwurzelt ist, wenn auch dort in einer edelkommunistischen und nicht in einer freiwirtschaftlichen Variante.

W. Habel (Schulpädagoge) erinnert an die für das Wirtschaften bedeutsamen Grundthemen wie Arbeit/Freizeit (besser: Ruhe), Besitz/Armut und Umwelt (besser: Schöpfung) als Themen der heiligen Schriften verschiedener Religionen, mit denen "Konsum" und "Lebenssinn" wieder in Korrelation gebracht werden können (18-22). – Eine Re-Integration der Sinnfrage in die Ökonomie hilft im Sinne der Freiwirtschaft, den herrschenden ökonomischen Automatismus zu überwinden, mithilfe des Zinses aus Geld immer nur mehr Geld machen zu wollen.

H. Epstein (Organisationsberater) entfaltet eine als Religionskritik betriebene Geldkritik, wonach Geld für Gesellschaft und Staat heute die alles bestimmende Rolle der Religion aus vormodernen Zeiten einnimmt (25-38). – Während dies in einer Fülle von Aspekten überzeugend gezeigt wird, fehlt allerdings eine Antwort auf die Frage, wie dem Geld seine ihm nicht gebührende religiöse Dimension genommen werden könnte. Doch bietet der Beitrag wichtige Vorarbeiten, damit Menschen die hierzu in der theologischen Freiwirtschaft erarbeiteten Lösungen einsehen können.

A. Günter (politische Philosophin) sieht Ethik und Soziales nur als Anhängsel der kapitalistischen Ökonomie, ganz wie auch das Weib-

liche nur Anhängsel einer die Totalität des Seins beanspruchenden Männlichkeit sei (39-49). – Dieser Beitrag, der auch als säkularisierte Schöpfungskritik gelesen werden kann (Adam als Urtyp der maskulinen Anthropozentrik), bereitet der Freiwirtschaft eine bisher nur in Ansätzen vorhandene feministische Schiene in ihrem Bestreben, die Ökonomie wieder als Aspekt einer humanen Ordnung zu begreifen, die dem Wirtschaften zugrunde liegen sollte.

F. Segbers (Ev. Sozialethiker) entfaltet eine "Ökonomie der Fülle" nach dem Vorbild der altisraelitischen Wirtschaftspolitik, die einer heute herrschenden "Ökonomie der Bereicherung" positiv entgegengestellt wird. Demnach sei dem Kapitalismus, der die Knappheit der Güter propagiere und damit zu Habgier anstachele, mit einer biblischen Ökonomie des "Genug" zu begegnen, die die Solidarität aller Wirtschaftenden erzeugt. Krönung dieser Ökonomie seien Sabbat, Sabbatjahr und Jubeljahr, mit denen die Wirtschaftsgewinne, die – gegen die Logik des Kapitalismus – keinen Sinn für sich selbst haben, in zweckfrei verfügbare Lebenszeit umgewidmet würden (50-64). – Hier begegnen mit erfrischend neuen Aspekten dieselbe historische Tradition (altisraelitische Ökonomie) und dieselben modernen Gewährsleute (J.M. Keynes, H.C. Binswanger) wie in der theologisch reflektierten Freiwirtschaft. Allerdings geschieht dies ohne Verbindung mit Zinskritik, obgleich die Verbindung von Sabbat und Zins doch bereits in den genannten Quellen begegnet.

C. Döpfner / J. Hoffmann (Moraltheologen, Sozialethiker) verweisen auf einen eigenen Kriterienkatalog zur ethisch-ökologischen Beurteilung von Banken und Unternehmen an der Börse, so dass sich kein Geldanleger mehr mit der Rendite (Zins, Dividende) als Anlagekriterium zufrieden geben muss, sondern Geld ethisch reflektiert angelegt werden kann (65-75). – Dieses Konzept könnte m. E. dem Ziel der Freiwirtschaft dienen, den Zins als dominanten, human blinden Regulator für Geldströme zu hinterfragen.

H. Strasser / G. Mehlkop (Soziologen) vertreten, Reichtum in Deutschland sollte "aus gutem Grund" akzeptiert werden, denn er sei der "Motor" für den Wohlstand vieler von morgen (96).

Die Entstehung von Reichtum und Armut wird hauptsächlich mit unterschiedlicher Bereitschaft der Menschen zur Leistung begründet (91). Ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Reichtum und Armut wird verneint (79; 79-100). – Durch solche und weitere neoliberale Bekenntnisse fällt diese Studie aus dem Rahmen aller übrigen Beiträge des Buches, die dem Neoliberalismus eine ethisch und sozial reflektierte Ökonomie entgegenstellen möchten. Entsprechend kann der Beitrag der Freiwirtschaft auch nur als negative Folie zur Entfaltung ihrer Sicht vom Reichtum als i.d.R. leistungslos erworbenem Geld dienen.

B. Imholz (Sozialpädagogin) zeigt vielfältige verschärfte Effekte von Armut bei Kindern (101-112). – Für die Freiwirtschaft ist erhellend, wie Reichtum und Armut nicht nur ökonomisch, sondern auch sozialisationsbedingt weitergegeben wird und zwar auf intellektueller wie auf sozio-emotionaler Ebene.

R. Heinrich (Pfr., Religionspädagoge) zeigt aspektreich die Entwicklung von Kirche samt ihren Sozialeinrichtungen zum marktkonformen Unternehmen. Dies bedingt, dass Inhalte, Beziehungen, Motivationen in den Kirchen unter ökonomischer statt theologischer Sicht gefunden werden (115-130). – Kirche ist ein recht junges Feld, auf dem die Freiwirtschaft die Wirkungen studieren kann, wenn Ökonomie Selbstzweck und nicht mehr Teil einer humanen Ordnung ist. Kirche könnte für die Freiwirtschaft ein relativ überschaubarer Bereich sein, um in Kooperation mit interessierten kirchlichen Gruppen die Rückführung der entfesselten, totalitären Ökonomie in humane (theologische, ethische, soziale) Ordnungen innerhalb der Kirche praktisch mitzugestalten.

C. Körner (Pfr.) zeigt Möglichkeiten auf, wie die Kirche sich theologisch verantwortet finanzieren sollte und kann, nämlich über Kulturstatt Kirchensteuer und über Fundraising mit Sponsoren gleicher ethisch-sozialer Überzeugungen. Doch bleibe jedes Finanzierungssystem theologisch und ethisch problematisch, wenn nicht unser durch den Zins selbst Ungerechtigkeit beförderndes Geld durch ein ethisch neutrales Geld ohne Zinsen ersetzt wird (131-142). –

Der Beitrag begründet theologisch (genauer: ekklesiologisch), inwiefern die Freiwirtschaft in den Kirchen als idealiter ethisch reflektiert handelnden Institutionen eigentlich besonders Kooperationspartner erwarten darf.

P. Biehl (Religionspädagoge) entfaltet theologische, anthropologische und bildungskritische Grundlagen des kapitalistischen Ökonomie: Geld statt Gott, Haben statt Sein und mehr Wissen statt vertieftes Verstehen. Die Qualität bestimmter Grundtätigkeiten des Menschen – vertrauen auf Gold oder Gott, geben und nehmen bzw. tauschen und schenken aus sozialer oder egoistischer Gesinnung – entscheidet darüber, ob der Mensch am Geld oder am Humanum interessiert ist (145-174). – Der Text entfaltet existenziale Dimensionen, die freiwirtschaftlichem oder aber kapitalistischem Wirtschaften zugrunde liegen. Wertvoll für freiwirtschaftlich Interessierte ist die Kritik an naiv positiven Vorstellungen vom Tauschen. Problematisch ist die Rezeption von Luthers Geldkritik fast ohne Beachtung von dessen Kritik am Wucher (= Zins?). Doch "Mammon" ist für Luther nicht das Geld, sondern der Wucher mit Geld.

J.M. Hull (Religionspädagoge) stellt fest, dass Geld als seine Energie den Wettbewerb freisetzt. Ziel des Wettbewerbs sei es, alleiniger Sieger zu sein (Monopolismus). Die moralische Entwicklung unserer Kinder sei von diesem vom Geld ausgehenden Ungeist geprägt. Nur durch Abschaffen dieses "sinnlosen Finanzwettbewerbs" (184) sei ein positives "Wettstreiten im Interesse des spirituellen und geistigen Wachstums" (184) möglich. Deshalb seien Steueroasen abzuschaffen, Steuer auf Spekulationsgewinne zu erheben, die Institutionen des Weltfinanzsystems in regionale Körperschaften aufzuteilen und gemäß Lev 25,12ff die Spekulation mit Land zu verbieten (175-190). – Hier werden Auswirkungen des Finanzsystems auf Kultur und Pädagogik gezeigt und der Freiwirtschaft entsprechende Reformmaßnahmen der Geldordnung vorgeschlagen. Die Freiwirtschaftsbewegung kann sich ihrer Bedeutung für die Kulturreform bewusst werden.

F. Rickers (Religionspädagoge) zeigt den Kapitalismus als in ein System gegossene Habgier, die "ideologisch verschlüsselt" als "Gewinn-

streben" beschönigt wird (191). Habgier hängt demnach zutiefst mit der Ordnung des Geldes zusammen, insofern diese Untugend vor allem im Wucher (= Zinsnehmen) ihren Ausdruck findet (197). Buddhismus und Christentum würden nun eine 'Habgierkritik' bereitstellen, die – vor allem in interreligiöser Kooperation – beim Menschen alternative "religiöse und spirituelle Potentiale" freisetzen kann. Eindrücklich wird geschildert, wie der thailändische Ort Kuntiranont durch ein alternatives Bankenwesen fast ohne Zins aus der Armut fand (190-200). – Interessant für die (theologisch reflektierende) Freiwirtschaft ist, wie die Habgier – in der Religionsgeschichte Jahrhunderte lang individualistisch als Defizit im Charakter begriffen – jetzt strukturell als Herzstück der kapitalistischen und als Gegenspieler einer der Sache nach freiwirtschaftlichen Ökonomie begriffen wird. Kuntiranont wird zum buddhistischen Wörl. Die Studie hilft der theologisch reflektierenden Freiwirtschaft, den bei ihr ebenfalls ausgeprägten interreligiösen Ansatz um den Buddhismus zu erweitern.

In dem vorgestellten Buch wird zum Einen vergleichend-phänomenologisch Geld "als Gott" bzw. der Umgang mit Geld als Gotteskult analysiert und werden – die phänomenologischen Erkenntnisse weiterführend – zum Zweiten ökonomiekundlich die mit Geld verbundenen Ordnungsstrukturen in Wirtschaft, Kultur, Anthropologie und im Bildungsbereich kritisch reflektiert. Der zweite Ansatz steht der Freiwirtschaft näher, insbesondere die Beiträge von F. Segbers, C. Döpfner und J. Hoffmann, C. Körner, J.M. Hull sowie F. Rickers. Doch bietet auch der zuerst genannte Ansatz wertvolle Hinführungen zu freiwirtschaftlichen Überzeugungen.

Dieter Fauth

James Bruges Das kleine Buch der Erde – Wohin gehen wir?

(aus dem Englischen von Gisela Kretschmar)
München: Riemann Verlag, 2002. 287 Seiten.

Das kleine Buch der Erde hat gerade mal Postkartenformat; es zählt aber inhaltlich zu den großen Büchern und ist empfehlenswert als Va-

demezum auf dem Wege zu neuen Denkansätzen in Ökologie und Ökonomie. In Abschnitten von jeweils drei bis sieben Seiten wird ein stichwortartig benannter Zusammenhang dargestellt, zum Beispiel: Freier Handel – Gewinner und Verlierer, Die Schulden der Ersten Welt – aus der Sicht des Südens, Binnenmarkt für Emissionsrechte – Für mehr Gerechtigkeit in jedem Land. Mit zahlreichen Literaturtipps und Web-Adressen eignet sich dieses Buch gut für LeserInnen, die nicht nur lesen, sondern auch sich engagieren wollen.

Wie die Wirtschaft, die Globalisierung und die Politik der transnationalen Unternehmen funktionieren und wie sie sich auf die Natur und die soziale Lage der Menschen auswirken, wird in diesem Buch erläutert. Michael Rowbotham wird mit den Worten zitiert: "Zu sagen, das Finanzsystem sei verrückt, ist eine Untertreibung. Die Situation ist unbeschreiblich. Und es ist unglaublich, dass keiner der Beteiligten genau hinsieht, was sie da tun." (S. 85) In mehreren Kapiteln finden sich Hinweise auf die Bücher von Helmut Creutz, Margrit Kennedy und Bernard Lietaer. Ein eigenes Kapitel informiert über "Wörl – Geld, das zu horten sich nicht lohnt" (S. 106-108). Auch das Thema Wachstumszwang wird in einem eigenen Kapitel behandelt. Bankgeschäfte ohne Zinsen (S. 224-227) und ein Bretton Woods des 21. Jahrhunderts (S. 230-235) sind ebenfalls interessante Themen. "Das bisherige Leitprinzip für den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank ist dies: Was immer auch geschieht, das Vermögen der westlichen Gläubiger muss geschützt und vermehrt werden." (S. 123) Wer der ungehemmten Globalisierung Formen des regionalen Wirtschaftens vorzieht, wird sich durch eine Äußerung von John Maynard Keynes aus dem Jahr 1933 bestärkt fühlen: "Ich sympathisiere mit denen, welche die Wirtschaftsverflechtungen zwischen den Nationen auf ein Minimum beschränken wollen. Ideen, Wissen, Kunst, Gastfreundschaft, Reisen – das sind Dinge, die ihrer Natur nach international sein sollten. Aber Waren sollten hausgemacht sein, wann immer dies vernünftigerweise möglich ist. Und vor allem das Geldwesen sollte vorzugsweise national sein." (S. 134f)

Jörg Gude

LITERATURHINWEISE

Richard Douthwaite Die Ökologie des Geldes

Heidelberg: Forschungsstelle der Evangelischen
Studiengemeinschaft – Texte und Materialien Reihe B Nr. 28,
2002. 92 Seiten.

"Anders als die meisten Ökonomen glauben, ist Geld nicht neutral. Das heißt, unterschiedliche Geldsysteme sind möglich, was einen dramatischen Unterschied bei der Bewältigung einiger der wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit – einschließlich der ökologischen Nachhaltigkeit – machen könnte. Nur eine breite Diskussion des Geldsystems in einer gut informierten Öffentlichkeit kann sicherstellen, dass Veränderungen auch in die richtige Richtung gehen. Um das Sprichwort über den Krieg und das Militär abzuändern: Geld ist zu wichtig, um es nur den Bankiers und den Ökonomen zu überlassen."

Prof. Dr. Bernard Lietaer im Vorwort

Christoph Strawe Globalisierung betrifft uns alle - Die Welthandelsorganisation WTO und ihre Abkommen GATS und TRIPS

Bad Liebenzell: Verein für Anthroposophisches Heilwesen, 2002.
34 Seiten. | E-Mail: verein@heilwesen.de

Gabriele von Arnim, Volkmar Deile u.a. Jahrbuch Menschenrechte 2003

Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, 2002. 400 Seiten.

André Brodocz und Gary S. Schaal (Hg.) Politische Theorien der Gegenwart Band 1

Leverkusen: Leske + Budrich, 2002.

Dieser sehr aufwändig erarbeitete und fundierte erste Band eines auf zwei Bände angelegten Handbuchs vermittelt eine gute Übersicht über die großen politischen Ideen des 20. Jahrhunderts. Er beginnt mit der Frankfurter Schule und reicht bis in die 1970er Jahre zu Michel Foucault. Der zweite Band soll John Rawls, Jürgen Habermas, Anthony Giddens und andere politische Denker vorstellen.

Wider das "gefährliche Gift" der Deflation

"Es ist gar nicht einmal nötig, dass die Warenpreise tatsächlich fallen, um das Geld zu veranlassen, sich vom Markte in seine Festung zurückzuziehen. Es genügt, dass nach allgemeiner Ansicht die Preise fallen werden ... , um dadurch das, was man erwartet oder befürchtet, wirklich eintreten zu lassen. ... Dies zeigt uns, wie es kommt, dass manchmal über Nacht ein Krach, eine Krise, ein Schwarzer Freitag ausbrechen kann, der Tod und Verderben um sich streut. ...

Der Zins fällt in dem Maße, wie das Realkapital im Verhältnis zur Bevölkerung wächst. ... Fällt also der Zins der Realkapitalien unter das herkömmliche Maß, so wird kein Geld mehr für solche Anlagen hergegeben. Kein Zins, kein Geld. ... Wenn der Zins der Sachgüter fällt, so zieht sich das Geld, das in diesen Anlagen bis dahin Verwendung fand, zurück. ... Und weil das Geld sich zurückzieht, weil die Nachfrage fehlt, gehen die Preise herunter und der Krach ist wieder da. ...

Die Preise dürfen niemals und unter keinen Umständen fallen. Das ist die Bedingung, die erfüllt werden muss. Und wie kann man das erreichen? Wir erreichen das: 1. indem wir die Geldherstellung nach den Bedürfnissen der Menschen ausrichten, und 2. indem wir das Geld so gestalten, dass dieses unter allen Umständen gegen Waren angeboten wird und zwar selbst dann noch, wenn der Zins des Geldes sowohl wie der Zins der Realkapitalien fällt und schwindet."

Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung (1920), in: Gesammelte Werke Band 11, Lütjeburg 1991, S. 185, 191 und 194 – 195. – Ders., Der Preisabbau, in: Gesammelte Werke Band 17, S. 269.

Vor 50 Jahren: Londoner Schuldenabkommen

Nach dem zweiten Weltkrieg lag Deutschland politisch, wirtschaftlich und moralisch am Boden und sah sich einem großen Schuldenberg gegenüber. Eine aussichtslose Situation – wenn die westlichen Alliierten nicht einen raschen Wiederaufbau des Landes begünstigt hätten. Die nach London einberufene Konferenz aller Gläubiger endete am 27. Februar 1953 mit dem "Londoner Schuldenabkommen":

- rund die Hälfte aller Schulden wurde erlassen,
- der Rest wurde in festen Raten langfristig gestreckt,
- bei Ausbleiben von Handelsbilanzüberschüssen hätte der Schuldendienst ausgesetzt werden können.

Schon 1956 fiel der vereinbarte Schuldendienst unter 2% der jährlichen Exporteinnahmen. Und bis auf kleine Restbeträge hatte Deutschland 1960 seine Schulden getilgt.

Von humanen Rückzahlungsbedingungen, wie Deutschland sie 1953 erhalten hat, können die hoch verschuldeten Länder des Südens gegenwärtig nur träumen. Viele müssen einen Großteil ihrer Exporteinnahmen für den Schuldendienst aufwenden. Viele Länder können nicht einmal die Zinsen zahlen. Für Schulen, Krankenhäuser oder für die Trinkwasserversorgung bleibt nicht genug übrig.

Heute gehört Deutschland zum Kreis der mächtigen Gläubiger. Sollte es in Erinnerung an das "Londoner Schuldenabkommen" nicht zu einem Vorreiter für eine Reform des internationalen Schuldenmanagements werden? Angenommen, Deutschland wäre 1953 von den internationalen Gläubigern nicht so gut behandelt worden, dann wäre es vermutlich nicht oder erst sehr viel später zum 'deutschen Wirtschaftswunder' gekommen. Und angenommen, die Länder der Dritten Welt bekämen heute ein faires Verfahren, um den gigantischen Schuldenberg von 2,5 Billionen US-Dollar abzubauen, dann könnten Armut, Hunger, Unterentwicklung und gewaltsame Konflikte deutlich verringert werden.

Hierfür setzt sich das von mehr als 800 entwicklungspolitischen Organisationen und Hilfswerken getragene Bündnis "erlassjahr.de" ein. Nähere Informationen erteilt das Sekretariat in Düsseldorf. Tel.: 0211-4693196 | E-Mail: buero@erlassjahr.de | Internet: www.erlassjahr.de

Alexander Gallus / Eckhard Jesse Was sind Dritte Wege? – Eine vergleichende Bestandsaufnahme

in: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. 16-17 / 2001, S. 6-15.

Thomas H. Greco

Money – Understanding and Creating Alternatives to Legal Tender

White River Junction: Chelsea Green Publishing Company, 2001. 295 Seiten. | Internet: www.chelseagreen.com

Société P.-J. Proudhon (Hg.)

Le crédit, quel intérêt ?

Paris : Publications de la Société P.-J. Proudhon, 2002. 141 Seiten.

Dieser Band enthält die Beiträge zu einem Colloquium vom Dezember 2001, u.a. auf den Seiten 63-84: Jérôme Blanc, Silvio Gesell – socialiste proudhonien et réformateur monétaire. E-Mail: Centre.Walras@ish-lyon.cnrs.fr

VERANSTALTUNGEN

Vergessener Faktor Boden

Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung am 29. und 30. März 2003 in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte zwischen Wuppertal und Neviges mit Fritz Andres, Eckhard Behrens und Jobst von Heynitz.

Wenn die Rohstoffe knapp werden ...

Tagung des Seminars am 24.–25. Mai 2003 in Boll

Vollbeschäftigung ist erreichbar !

Tagung des Seminars am 28.–29. Juni 2003 in Boll

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Sekretariat des Seminars, Badstr. 35, 73087 Boll

Tel.: 07164 - 3573

Fax: 07164 - 7034

E-Mail: info@sffo.de

Internet: www.sffo.de

und www.silvio-gesell-tagungsstaette.de

Für eine Landwirtschaft im Dienst von Mensch und Natur

9. CGW-/INWO-Tagung vom 1.–4. Mai 2003 in Birkenwerder mit Cornelia Roedel "Die gegenwärtige Situation der Landwirtschaft und Perspektiven einer praktisch-politischen Agrarwende", Dr. Elisabeth Meyer-Renschhausen "Der Boden der uns ernährt – Kleinlandwirtschaft in Stadt und Land, Nord und Süd", Marcin Wawrzyn "Die Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Landwirtschaft in Polen", Hans Trein "Großgrundbesitz, Landlosenbewegung und Agrarreformen in Brasilien", Dipl.-Ing. Alfons Krieger "Der Naturschutzhof Brodowin bei Eberswalde – Modell für eine zukunftsweisende Landwirtschaft", Dipl.-Oec.troph. Brigitta Poppe "Der Beitrag des Verbraucherschutzes zu einer Neuorientierung der Landwirtschaft".

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Werner Onken, Steenkamp 7, 26316 Varel
Tel.: 04451 - 8 57 14 oder 95 64 80 (mit AB)
E-Mail: redaktion-onken@web.de
Internet: www.sozialoekonomie.info

Der Friede ist der Ernstfall

Tagung des Freiwirtschaftlichen Jugendverbandes (FJVD) vom 20.–22. Juni 2003 in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte zwischen Wuppertal und Neviges mit Helmut Creutz, Prof. Dr. Margrit Kennedy und Prof. Dr. Bernd Senf.

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Wilhelm Schmülling,
Erfstr. 57, 45219 Essen-Kettwig
Tel.: 02054 - 8 16 42
E-Mail: w.schmuelling@cityweb.de
Internet: www.silvio-gesell-tagungsstaette.de

Money moves – away from Greed and Scarcity

Englischsprachiges Symposium vom
5.–7. Juli 2003 und

Implementing Global and Bioregional Complementary Currencies

Open Space Workshop vom 7.–12. Juli 2003 im Lebensgarten Steyerberg bei Nienburg mit Dr. Hazel Henderson (Florida/USA), Prof. Dr. Margrit Kennedy (Steyerberg), Prof. Dr. Bernard

33. MÜNDENER GESPRÄCHE

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Neue Wege zu nachhaltigem Planen und Handeln in Wirtschaft und Politik

Samstag / Sonntag, 5./6. April 2003,
Ländl. Heimvolkshochschule Mariaspring bei Göttingen

SAMSTAG, 5. APRIL 2003

- 9.00 Uhr **Eröffnung der Tagung und Einführung in das Tagungsthema**
Ekkehard Lindner, Tagungsleiter
- 9.15 Uhr **Erwartungen an "sustainable development" im Lichte der sächsischen Tradition forstlicher Nachhaltigkeit seit von Carlowitz (1713)**
Prof. Dr. Ernst Ulrich Köpf, Professur für Forstpolitik, TU Dresden-Tharandt
- 11.15 Uhr **Nachhaltigkeitsberichte und Projekte für Agenda 21.**
PD Dr. Hans Diefenbacher, Forschungsstätte der Ev. Studiengemeinschaft e.V., Institut für interdisziplinäre Forschung, Heidelberg
- 12.30 Uhr Mittagspause
- 14.30 Uhr **Global denken – lokal handeln. Was können lokale Agenda-21-Prozesse leisten?**
Prof. Dr. Roland Geitmann, FH Kehl
- 16.00 Uhr Kaffeepause
- 16.45 Uhr **Jenseits des Technokratentums – Wege in eine andere Moderne.**
Ao. Univ. Prof. Doz. Ing. Mag. Dr. Gerhard Senft, Inst. für Wirtschafts- u. Sozialgeschichte, Wirtschaftsuniversität Wien
- 18.30 Uhr Abendessen

SONNTAG, 6. APRIL 2003

- 9.00 Uhr **Nachhaltigkeit - Probleme und Möglichkeiten der Konkretisierung.**
Prof. Dr. Hans G. Nutzinger, Uni Kassel, FB 7, Lehrstuhl Theorie öffentl. und privater Unternehmen
- ca. 10.30 Uhr **Rundgespräch mit den Referenten der Tagung und den Teilnehmern**
Leitung: Prof. Dr. habil. Dirk Löhr, 1. Vors. der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft
- 12.30 Uhr Ende der Tagung – *Änderungen vorbehalten!*

Anmeldung erforderlich. Einladung und Anmeldeformular anfordern bei der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft, Postfach 1550, D-37145 Northeim, Fon 05503-805 389 oder 3205; Fax: 805 394 | eMail: SG.Lindner@t-online.de
Internet: www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

Lietaer (Berkeley/USA) und Dr. Sham Turnbull (Sydney/Australien).

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Lebensgarten Steyerberg

Ginsterweg 3, 31595 Steyerberg

Fon: 05764 - 23 70 | Fax: 05764 - 25 78

E-Mail: lebensgarten_ev@t-online.de

Internet: www.lebensgarten.de

www.margritkennedy.de

www.stable-money.com

Sabbatökonomie

Tagung der Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW) vom 5.-7. September 2003 in der Evangelischen Akademie Thüringen in Neudietendorf bei Erfurt mit Dr. Franz Segbers "Eine Ökonomie, die dem Leben dient – die Alternative der Sabbatökonomie", Dietrich Koller "Geld oder Leben", Prof. Dr. Roland Geitmann "Elemente einer gerechten Wirtschaftsordnung", Dr. Norbert Olah "Neutrales Geld". Christina Erdmenger präsentiert den Video-Film "Geldlos glücklich. Die Abenteuer der Heidemarie Schwerner".

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Evangelische Akademie Thüringen

Zinzendorfhaus, 99192 Neudietendorf

Tel.: 0 36 202 - 984 - 0

E-Mail: evakthue@t-online.de

Internet: www.cgw.de

DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

Dipl.-Kfm. Thomas Betz

Paul-Lincke-Ufer 4, 10999 Berlin

Prof. Dr. Dr. Stefan Brunnhuber

c/o Institut für Psychotherapie und Medizinische Psychologie, Klinikstr. 3, 97070 Würzburg

Helmut Creutz

Monheimsallee 99, 52062 Aachen

Dipl.-Vw. Norman Ehrentreich

Carl-von-Ossietzky-Str. 16, 06114 Halle/S.

Dr. Dieter Fauth

Bismarckstr. 15, 97080 Würzburg

Prof. Dr. Roland Geitmann

Martin-Bucer-Str. 6, 77694 Kehl

Dipl.-Vw. Ass.jur. Jörg Gude

Wiedel 13, 48565 Steinfurt

Josef Hüwe

Ludwigsfelder Str. 11, 14165 Berlin

Dr. Christof Karner

Felix-Iribauer-Str. 7/8, A-3200 Obergrafendorf

Prof. Dr. Bernard Lietaer

Institut for Sustainable Resources – University of Berkeley/USA | E-Mail: bernard@futuremoney.de

Prof. Dr. Peter Rühmann

c/o Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Platz der Göttinger Sieben 3, 37073 Göttingen

Dipl.-Math. Alwine Schreiber-Martens

Dombacher Str. 35, 51065 Köln

Über den Gegensatz von Marktwirtschaft und Kapitalismus

"Der Begriff 'Kapitalismus' ist kein Synonym für 'Marktwirtschaft', sondern für deren monopolistische Entgleisung. Mit vollstem Recht wehrt man sich dagegen, die Marktwirtschaft der vollständigen Konkurrenz als 'Kapitalismus' bezeichnen zu lassen – mit vollstem Recht wird betont, dass die 'kapitalistisch' genannte Wirtschaft des 19. und 20. Jahrhunderts eine schwere pathologische Entartungsform, ja in vielem geradezu das Gegenteil der echten Konkurrenzwirtschaft darstelle. Aber gerade wenn dem so ist, brauchen wir doch dringend einen eigenen unterscheidenden Terminus für diese historische Entartungsform. ... Wir unterscheiden dann also von der freien Marktwirtschaft der vollständigen Konkurrenz ... die entartete subventionistisch-monopolistisch-protektionistisch-pluralistische Wirtschaft des 19. und 20. Jahrhunderts, welche letztere wir 'kapitalistisch' nennen."

aus dem Nachwort von Sibylle Tönnies "Die liberale Kritik des Liberalismus" zu Prof. Dr. Alexander Rüstow (1885-1963):
Die Religion der Marktwirtschaft. Münster 2001. Walter Eucken Archiv – Reihe Zweite Aufklärung Band 2. S. 179-180.
Besonders empfehlenswert ist das Kapitel "Der dritte Weg" auf den Seiten 41-100 dieses Buches.